NOVOMATIC

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Konzernkommunikation

Datum
Date

12.10.2020 / KW 41

NOVOMATIC AG · Wiener Strasse 158 · 2352 Gumpoldskirchen · Austria · Europe
Tel.: +43 2252 606 0 · Fax: +43 2252 606 110 · info@novomatic.com · www.novomatic.com

40 Years NOVOMATIC

„Kronen Zeitung“, 11.10.2020

Neue Turbulenzen rund um den U-Ausschuss ● Die Justiz prüft Vorwürfe

Neue Anzeige in Causa Ibiza

Nach der Aussage von Ex-Rapid-Goalie und Glücksspielmanager Peter Barthold langte eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ein, die aktuell geprüft wird. Es geht um Anstiftung zur Falschaussage. Auch Vorsitzender Wolfgang Sobotka hatte angekündigt, dass man dieser Angelegenheit rechtlich auf den Grund gehen müsse.

Es war ein spezieller Moment letzte Woche, als Peter Barthold im U-Ausschuss unter Wahrheitspflicht aussagte. Der Ex-Rapid-Tormann, der später im Glücksspielgeschäft tätig war, berichtete über Drohungen und Bestechungsversuche, damit er „nicht die Wahrheit“ sage. Barthold, ehemaliger Partner von Novomatic (Ex-FPÖ-Chef Strache sagte auf Ibiza, dass der damals an den teilstaatlichen Casinos beteiligte Konzern „alle zahlt“ - im Sinne von Gesetzesänderungen), berichtete, dass er über Mittelsmänner kurz vor seiner Aussage beeinflusst werden sollte. Er präsentiert eine lückenlose Dokumentation (Kommunikation mit Anwälten und Lobbyisten), die der „Krone“ vorliegt: Novomatic habe ihn demnach zu einer Falschaussage bewegen wollen. Peter Barthold: „Ich hatte einen Rechtsstreit mit Novomatic und Vorwürfe erhoben, u.a., dass das kleine Glücksspiel umgehen wurde. Da gibt es auch Verfahren. Und plötzlich bietet man mir finanzielle Unterstützung, damit ich sage, Novomatic ist eh super? Das ist ja absurd. Da mache ich nicht mit.“ Novomatic hat umgehend jegliche Vorwürfe dementiert.

Ausschutzvorsitzender und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka kündigte aufgrund von Bartholds Anschuldigungen, wonach man ihn zu einer Falschaussage bewegen habe wollen, jedenfalls eine Anzeige an. Die ist mittlerweile auch (von anonymer Seite) eingelangt. Der „Krone“ wurde sie zugespielt. Sie ist in der Tat höchst detailliert und substanziell. Beschuldigt werden darin hochrangige Personen des Glücksspielkonzerns Novomatic und Lobbyisten.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bestätigt auf Anfrage den Eingang der Anzeige. Es wird aktuell geprüft, ob es zu Ermittlungen kommt.

Erich Vogl

„www.leadersnet.at“, 11.10.2020

Novomatic-Eigentümer Graf steigt überraschend als Investor bei Benkos "Signa Prime Selection" aus

200 Millionen Euro sollen heuer an die Aktionäre ausgeschüttet werden.

Novomatic-Eigentümer Johann Graf war fünf Jahre lang Aktionär bei René Benkos Signa Prime Selection. Nun wurde bekannt, dass er schon vor einiger Zeit seine Anteile verkauft hat. Als Grund für den Ausstieg nennt die Novo Invest einem Bericht des *trend* zufolge "den üblichen Veranlagungshorizont von fünf Jahren", der dieses Jahr erreicht wurde. Man stehe nach wie vor in einer professionellen Geschäftsbeziehung zur Signa und wünsche weiterhin viel Erfolg.

So viel wie noch nie wird ausgezahlt

Dem Bericht zufolge sollen heuer mehr als 200 Millionen Euro an die Aktionäre ausgezahlt werden. Darunter finden sich Hans-Peter Haselsteiner, Harti Weirather, Unternehmensberater Roland Schmid und die Privatstiftung von Niki Lauda.

Die **Signa Prime Selection AG** hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2010 mit damals sechs Objekten im Wert von 750 Mio. Euro mittlerweile zu einer der größten Immobilienaktiengesellschaften Europas mit Trophy Assets in ausgezeichneten Innenstadtlagen in Österreich, Deutschland und Norditalien mit einem Gross Asset Value von über 15 Mrd. Euro entwickelt und umfasst vorwiegend Immobilien in Toplagen wie das Goldene Quartier in Wien und die KaDeWe-Standorte in Deutschland. (jw)

„Die Presse“, 10.10.2020

Sponsoring. Novomatic ist in seiner Heimat Niederösterreich ein echter Machtfaktor. Über die Jahre hat sich der Glücksspielkonzern mit der Politik vernetzt - und sich sehr spendabel gezeigt.

Ein Glücksfall namens Novomatic

KORDIK-ONOMY

VON HANNA KORDIK

Wer hat mehr Geld bekommen? Nein, es geht nicht um einen Erbschaftsstreit, alle Beteiligten sind frisch und munter. Und dennoch wird in diesen Tagen ganz garstig aufgerechnet: **Wolfgang Sobotka** hat für sein St. Pöltner Alois-Mock-Institut jede Menge Geld erhalten. Für das Kammerorchester Waidhofen, das er immer wieder dirigiert, ebenso. Und der niederösterreichische ÖAAB detto. Besagter niederösterreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund wiederum will das nicht auf sich sitzen lassen: Am Dienstag echauffierte er sich darüber, dass auch der SPÖ-nahe Verein „Pro Niederösterreich“ für seinen sogenannten Löwenherzpreis mit Geld bedacht worden sei. Wir lernen: In Niederösterreich gibt es offenbar viel zu verteilen. Und der nette, reiche Onkel sitzt in Gumpoldskirchen. Es ist der Glücksspielkonzern Novomatic.

Novomatic ist ein echter Glücksfall für Niederösterreich. Klar: Es handelt sich um einen Weltkonzern mit gut fünf Milliarden Euro Umsatz und rund 30.000 Mitarbeitern. Dass das internationale Geschäft mit elektronischen Casinos just vom überschaubaren Gumpoldskirchen aus gelenkt wird, ist natürlich eine feine Sache. Da geht es um Arbeitsplätze – in Österreich sind es immerhin 3200. Da geht es aber auch ums schnöde Geld: Steuerexperten schätzen, dass die Gemeinde Gumpoldskirchen bis zu vier Millionen Euro an Kommunalsteuern Novomatic zu verdanken hat.

So ein Goldesel gehört gehegt und gepflegt. Über die Jahre hat also die Politik die Nähe zum Konzern gesucht. Und vice versa. Das nennt man dann wohl die perfekte Symbiose.

2010 ließ es sich der damalige Landeshauptmann **Erwin Pröll** jedenfalls nicht nehmen, der 30-Jahr-Feier von Novomatic beizuwohnen, in die Kameras zu lächeln und in seiner Rede zu betonen: „Novomatic ist ein Leitbetrieb für die Region und für das gesamte Land Niederösterreich“. Hervorgehoben hat er dort auch den Umstand, dass der Konzern „intensiv in die Standortqualität investiert, etwa in die Infrastruktur, den Verkehr, das Bildungswesen sowie den gesamten Forschungs- und Wissenschaftsbereich“.

Die Novomatic-Gruppe wird von Gumpoldskirchen aus gesteuert. [G. Peroutka/WB]

Nicht nur, wohlgemerkt: Im Anhang zu den jährlichen Geschäftsberichten listet Novomatic regelmäßig Projekte auf, die der Konzern sponsert. Ohne Beträge auch nur annähernd zu nennen. Es ist eine ansehnliche Liste, wohl ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Wirtschaft, Kultur und Sport gehören zu den glücklichen mit Geld Bedachten. Nicht nur in Niederösterreich – aber das Bundesland ist da ganz offensichtlich sehr privilegiert.

Da wurden über die Jahre etwa das Museum Gugging, die Haydn-Region Niederösterreich, das St. Pöltner Cinema Paradiso oder das Open-Air-Festival Stockerau finanziell unterstützt. Gesponsert wird auch der jährlich vergebene Niederösterreichische Kulturpreis. Im jüngsten Nachhaltigkeitsbericht führt Novomatic auch Sponsoring für die Niederösterreichischen Tonkünstler, die Bühne Baden, die Römerstadt Carnuntum, das Festival Schloss Weitra und die Wachaufestspiele an.

Und das war nur ein kleiner Auszug aus dem Kultursektor. Geld gab es auch für das Europaforum Wachau, bei dem der Diskurs zwischen Wirtschaft, Politik und Kultur hochgehalten wird. Oder für den Verein zur Förderung des Journalismus in Niederösterreich. Sport kommt natürlich auch nicht zu kurz: Da gibt es die Novomatic Lauf- und Nordic-Walking-Arena in Gumpoldskirchen, die 2014 eröffnet wurde. Und der Niederösterreichische Fußballcup heißt seit 2009 Admiral-NÖ-Meistercup. Admiral – das ist der Sportwettenanbieter der Novomatic-Gruppe.

„Wir verstehen uns als aktive und verantwortungsvolle Bürger und investieren in die Gemeinschaft“, heißt es im jüngsten Novomatic-Bericht. Das ist tatsächlich und ehrlich begrüßenswert. Aber wohl nicht uneingeschränkt selbstlos.

So viel Großzügigkeit führt natürlich auch dazu, dass der Konzern von der niederösterreichischen Politik nachgerade hofiert wird. Oder sagen wir besser: *wurde*, denn derzeit ist das eher nicht so opportun. Vor zwei Jahren jedenfalls war es für Niederösterreichs Landeshauptfrau **Johanna Mikl-Leitner** Ehrensache, im Wiener Novomatic Forum zu einer Feier zu erscheinen – Anlass war die damalige Ernennung von Konzernboss **Harald Neumann** zum Honorarkonsul von Rumänien.

Ob sie das heute wohl auch machen würde? Wahrscheinlich geht es ihr mittlerweile wie vielen anderen: An die engen persönlichen Vernetzungen mit dem Glücksspielkonzern werden die wenigsten gern erinnert. Aber da müssen sie jetzt durch: **Bernhard Krumpel** war viele Jahre lang Sprecher von Novomatic. Zuvor war er Pressesprecher des seinerzeitigen ÖVP-Finanzlandesrats Wolfgang Sobotka, ehe er in das Kabinett des ÖVP-Innenministers, des Niederösterreichers **Ernst Strasser,** wechselte. Die Großnichte von Novomatic-Eigner **Johann Graf** arbeitete ebenfalls bei Sobotka und später im Kabinett von ÖVP-Innenminister **Karl Nehammer.** Großnichte? Graf dürfte sie keinesfalls aus den Augen verloren haben – ihr Mann präsidiert den Novomatic-Aufsichtsrat.

Enge Bande gibt es auch auf SPÖ-Seite: Der ehemalige SPÖ-Innenminister und Bürgermeister von Purkersdorf, **Karl Schlögl,** saß 2004 bis 2011 im Novomatic-Aufsichtsrat. Und dem amtierenden SPÖ-NÖ-Chef **Franz Schnabl** werden ebenfalls gute Kontakte zu Johann Graf nachgesagt. Jedenfalls waren beide Investoren der Alizee Bank, die allerdings niemals durchstarten konnte. Schnabl ist übrigens Präsident des eingangs genannten Vereins „Pro Niederösterreich“ – schwört aber, dass es unter seiner Präsidentschaft keine Novomatic-Spenden gegeben habe.

Wie auch immer: Die Politik sucht(e) die Nähe zu Novomatic und umgekehrt. Wobei das im Fall des Konzerns durchaus legitim ist. Es schadet ja auch keinesfalls.

Beispielsweise im Jahr 2014, als Novomatic den Zuschlag für eine Casinolizenz in Bruck/Leitha bekam. Da war der damalige ÖVP-Finanzminister **Michael Spindelegger** in einer echten Zwickmühle gewesen: Sein Expertenbeirat hatte sich dafür ausgesprochen, den Standort an die Casinos Austria zu vergeben. Aber der Standpunkt des mächtigen Niederösterreichers Erwin Pröll wog wohl schwerer als jener der Experten.

Ein Jahr später hat das Bundesverwaltungsgericht die Entscheidung freilich aufgehoben – da konnte sogar Pröll nichts dagegen ausrichten.

Dabei hatte bis dahin alles so gut geklappt. 2005 etwa berichteten Medien von gar ungewöhnlichen Ereignissen im Landhaus St. Pölten: Da langte ein Antrag einer Novomatic-Tochter für die Bewilligung von 2500 Spielapparaten ein – eine beispiellos hohe Zahl. Das Anliegen wurde schleunigst per positivem Bescheid erledigt – von zwei Sachbearbeitern. Ohne die Abteilungsleiterin zu informieren – oder die zuständige SPÖ-Landesrätin **Christa Kranzl,** die praktischerweise gerade auf Urlaub weilte. Dafür sei, so wurde berichtet, der Bescheid an den Novomatic-Anwalt gefaxt worden. Angeblich mit dem Vermerk: „Wie telefonisch mit Herrn Dr. Wohlfahrt vereinbart.“ **Franz Wohlfahrt** – der war zu der Zeit Novomatic-Chef.

2006 wurde dann das sogenannte Kleine Glücksspiel – also das Glücksspiel mit Automaten – in Niederösterreich per Gesetz ermöglicht. In Wien ist es seit 2014 verboten. Da ist eine Textnachricht aus dem Jahr 2018 vom seinerzeitigen Novomatic-Boss Neumann an seinen Kommunikationschef sehr aufschlussreich: „Wir benötigen Material, wie gut alles in NÖ ist und wie schlecht in Wien seit 2014!“

„Standard“, 10.10.2020

IBIZA-U-AUSSCHUSS

Moralisch daneben

Petra Stuiber

Die Lüge gehört zum Menschsein dazu. Daher ist die Lüge auch ein Teil der Politik. Schon immer haben Politiker gelogen – oder eine Spielart eingesetzt: nicht alles sagen, Dinge beschönigen, Fakten herunterspielen, Unangenehmes schönreden. So weit, so normal.

Etwas anderes ist es, wenn ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, der eingesetzt wurde, um die Wahrheit in einer bestimmten Affäre zu ergründen, durch Zeugenaussagen hinters Licht geführt wird. So kann man etwa beim Ibiza-U-Ausschuss erklärungsbedürftige Auftritte erleben. Etwa jenen des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka, der bemerkenswert wenig zur Beantwortung der Frage beitrug, welche finanziellen Zuwendungen das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut von Novomatic erhalten hat. Oder jenen der Casinos-Vorstandsvorsitzenden Bettina Glatz-Kremsner, die ihre privaten Kontakte zu Öbag-Vorstand Thomas Schmid dezent herunterspielte. Weil Chat-Protokolle anderes belegen, ermittelt nun die Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen Falschaussage im Ermittlungsverfahren. Interessant war auch die Entschiedenheit, mit der OMV-Chef Rainer Seele bestritt, bei der Bundesregierung dafür lobbyiert zu haben, dass der Mineralölkonzern in Russland weniger Steuern zahlen muss. Hier belegen Akten, die auch dem STANDARD vorliegen, das Gegenteil.

Abgesehen davon, dass vor einem U-Ausschuss grundsätzlich nicht gelogen werden darf, sind solche Auftritte auch moralisch fragwürdig: Wie kann es sein, dass Menschen, die höchste Ämter in Wirtschaft und Politik bekleiden, krasse Erinnerungslücken offenbaren und sich ganz offensichtlich nicht bemühen, diese zu schließen? Hier zeigt sich auch eine grundsätzlich herablassende Haltung gegenüber der Volksvertretung, die bedenklich ist.

Ganz offensichtlich bewerten manche Zeugen in der Ibiza- und in der Casinos-Affäre Parteiloyalitäten und (halb-)private Verbindungen höher als die Notwendigkeit, dem Souverän nach bestem Wissen und Gewissen Auskunft zu erteilen. Dabei mag mitspielen, dass der U-Ausschuss ein Instrument der parlamentarischen Minderheit ist. Dass dies von Regierungsseite vor allem als Problem und nicht als demokratische Tugend gesehen wird, lässt ebenso tief blicken. Eine Lehre aus dem Ibiza-U-Ausschuss ist schon jetzt: Das Parlament muss ernst genommen werden – nicht nur in Festansprachen.

„Salzburger Nachrichten“, 10.10.2020

Grüne stimmen im Ibiza-Ausschuss gegen die ÖVP

WIEN. Die Parteien entschieden über die weitere Zeugenliste für den Ibiza-U-Ausschuss. Nach SPÖ und Neos, die ein gemeinsames Verlangen eingebracht hatten, kam auch eine Liste von der ÖVP. Von dieser ÖVP-Liste wurden jedoch zwei Auskunftspersonen mehrheitlich gestrichen – und zwar auch mit den Stimmen der Grünen. Unter den „Gestrichenen“ ist SPÖ-Wirtschaftsvertreter Christoph Matznetter. Von ihm hätte die ÖVP gern Auskunft über Inserate erhalten, die die Novomatic in Zeitungen des SPÖ-Wirtschaftsverbands schaltete. ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl zeigte sich über die Grünen „verwundert“. SN, APA

„Kurier“, 10.10.2020

Krainer: „Würde auch Franz Schnabl nicht als Vorsitzenden akzeptieren“

Ibiza-U-Ausschuss belastet Koalitionsklima. SPÖ-Fraktionsführer Krainer verteidigt Novomatic-Spenden an SPÖ-nahe Organisationen

Streit geht weiter. Jan Krainer (SPÖ) gegen Wolfgang Sobotka (ÖVP) heißt das Match im Ibiza-U-Ausschuss. Fast wöchentlich fährt der SPÖ-Fraktionsführer neue Geschütze gegen den Nationalratspräsidenten auf. Die Woche brachte Krainer gemeinsam mit Neos-Fraktionsführerin Stefanie Krisper eine Anzeige wegen Falschaussage gegen Sobotka ein, weil er in Bezug auf die Sponsoringtätigkeit von Novomatic für das Alois Mock-Institut (dieser Think Tank wurde 2013 von Sobotka gegründet) als Auskunftsperson im U-Ausschuss gelogen haben soll.

In der Anzeige listen SPÖ und Neos Zitate von Sobotka auf („Ich halte fest, dass es keine Spenden an das Alois Mock-Institut gibt“) die ihn belasten sollen. Tatsächlich hat das Alois Mock Institut knapp 109.000 Euro in den vergangenen sieben Jahren an Sachleistungen und Inseraten bekommen.

Doch war das tatsächlich eine Falschaussage von Sobotka? Denn, dass Novomatic den Saal und das Buffet bei Podiumsdiskussionen zur Verfügung stellte, gab Sobotka vor dem U-Ausschuss an.

Er nannte es Kooperation, Krainer Sponsoring oder Sachleistung. Verwenden SPÖ und Neos nun eine semantische Diskussion zwischen Krainer und Sobotka für eine Anzeige wegen Falschaussage? Das dementiert Krainer. „Sobotka hat am Anfang behauptet, es gab Inserate im Wert von 14.000 Euro und mehr nicht. Jetzt kommt heraus, das war nur die Spitze des Eisbergs und in Wahrheit geht es um über 100.000 Euro. Der U-Ausschuss übermittelt immer der Staatsanwaltschaft, wenn jemand die Unwahrheit sagt. Das ist kein außergewöhnlicher Vorgang. Ob das jetzt strafrechtlich relevant ist, entscheidet der Richter“, so Krainer gegenüber dem KURIER.

GILBERT NOVY

SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer verteidigt die Anzeige

Grüne gegen ÖVP

Reicht eine geringe Summe von 9.000 Euro Sponsoring pro Jahr schon aus, um Wünsche von Novomatic umzusetzen? Oder steckt mehr künstliche Aufregung dahinter? „Egal, ob Sobotka dirigiert, Präsident des Alois Mock Instituts ist oder Sitzungen im Niederösterreichischen Arbeitnehmerbund macht, ein paar Meter daneben steht Novomatic und zahlt mit der Kreditkarte die Rechnung. Ich sage nicht, dass das strafrechtlich relevant ist. Aber so jemand kann nicht den Vorsitz im U-Ausschuss führen.“

Aber auch die SPÖ hat Novomatic als Sponsor verwendet. Etwa Franz Schnabl, stellvertretender NÖ-Landeshauptmann, bekam von Novomatic Geld für den karitativen Löwenherz-Preis. Diesen Vergleich lässt Krainer nicht gelten. „Ich würde auch Herrn Schnabl nicht zum Vorsitzenden des U-Ausschusses akzeptieren. Fakt ist: Bevor Schnabl Vorsitzender bei diesem Verein wurde, sind einhundert Euro und dann nochmals 1.000 Euro gespendet worden. Die Novomatic hat auch ein Maifest der SPÖ in Wien unterstützt. Das hat Wien nicht daran gehindert, das kleine Glücksspiel zu verbieten“, kontert der SPÖ-Mandatar.

Tatsache ist, der U-Ausschuss verschlechtert die Stimmung zwischen ÖVP und Grüne zunehmend. Die ÖVP hätte gerne FPÖ-Abgeordneten Christian Hafenecker und SPÖ-Abgeordneten Christoph Matznetter in den U-Ausschuss geladen. Die Grünen stimmten hier mit Neos und SPÖ gegen die ÖVP.

IDA METZGER

schauTV

Checkpoint mit Ida Metzger
Ibiza U-Ausschuss: Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsvorsitzen zur Forderung, dass Nationalratspräsident den Vorsitz abgibt.
10.10. um **20.00 Uhr** (WH um 22.00 Uhr) auf **schauTV, KURIER.at**

„Standard“, 10.10.2020

Streit um Ladungen in U-Ausschuss

Die Opposition hat gemeinsam mit den Grünen die Ladung der Abgeordneten Matznetter und Hafenecker abgelehnt. Jetzt will die ÖVP vor den Verfassungsgerichtshof ziehen.

Fabian Schmid

Die Stimmung zwischen der ÖVP und den anderen Fraktionen hat im U-Ausschuss einen neuen Tiefpunkt erreicht. Dafür sorgen nicht nur die wiederholten Rücktrittsaufforderungen an den Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP), auch die neuen Ladungslisten für das Frühjahr 2021 gießen Öl ins Feuer.

Die Meinungsverschiedenheiten eskalierten sogar so weit, dass die Grünen ihren eigenen Koalitionspartner überstimmten – auch wenn das gemeinsame Abstimmen im U-Ausschuss keine Koalitionsbedingung ist. Stein des Anstoßes war die Ladung zweier aktiver Ausschussmitglieder, nämlich von Christian Hafenecker (FPÖ) und von Christoph Matznetter (SPÖ).

Die ÖVP wollte Hafenecker befragen, weil er als damaliger Generalsekretär der FPÖ „in regelmäßigem Austausch mit den Akteuren der Ibiza-Affäre“ gestanden war. Matznetter sollte hingegen zu lang zurückliegenden Inseraten der Novomatic im Magazin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands (SWV), dessen Präsident er ist, Stellung nehmen.

Gang vors Höchstgericht

Am Freitag stellte die ÖVP eine weitere Eskalationsstufe in den Raum: Wenn es sein müsse, werde sie den Verfassungsgerichtshof (VfgH) anrufen, so ein Fraktionssprecher zum STANDARD. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass eine Minderheit an Abgeordneten das Höchstgericht einschaltet, wenn eine Mehrheit eine Ladung ablehnt. Vor Gericht muss dann der Bezug zu den Untersuchungsthemen geklärt werden. Bislang ist das in Österreich noch nie vorgekommen. Der VfgH hatte sich jedoch anderweitig mit diesem U-Ausschuss befasst: Die Regierungsparteien ÖVP und Grüne hatten nämlich gegen eine Reihe von Untersuchungsthemen gestimmt, die SPÖ und Neos vorgeschlagen hatten. Hier bekam die Opposition vor dem Höchstgericht recht.

Der Grund für die Ablehnung von Matznetter und Hafenecker: Die ÖVP habe damit gegen zwei Gepflogenheiten verstoßen, hieß es von der politischen Konkurrenz: Erstens sei es ein ungeschriebenes Gesetz, dass keine Ausschussmitglieder gegen deren Willen geladen werden, zweitens müssten Ladungsbegehren 24 Stunden vorab den anderen Fraktionen vorgelegt werden. Die Volkspartei hält dagegen, dass die SPÖ eine frühere Ladungsliste selbst spontan vorgelegt und außerdem das aktive Ausschussmitglied Wolfgang Sobotka (ÖVP) geladen habe – und sogar für das Frühjahr noch einmal zu laden plane. Das Gegenargument des Gegenarguments: Sobotka könne als Vorsitzender das Gremium mehr beeinflussen als ein einfaches Mitglied.

Jedenfalls ist der Unmut groß: SPÖ und Neos zielten mit ihren Ladungsbegehren auf Herz und Hirn der Volkspartei ab; in den Ausschuss zitiert werden weitere Regierungsmitglieder sowie Berater, beispielsweise Stefan Steiner und Antonella Mei-Pochtler. Die Volkspartei „revanchiert“ sich mit der Ladung von sozialdemokratischen Größen wie dem Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, Finanzstadtrat Peter Hanke, dem einstigen burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl sowie dem niederösterreichischen SPÖ-Chef Franz Schnabl.

Rot und Türkis im Clinch

Noch ärgerlicher für die SPÖ dürfte aber ein Verlangen der Volkspartei sein, zusätzliche Akten für den U-Ausschuss beizuschaffen. Geliefert werden sollen „sämtliche Akten und Unterlagen“ zur SPÖ Wien und zu ihrem 1.-Mai-Fest – das jahrelang von der Novomatic-Tochter Admiral gesponsert wurde; zum Sozialdemokratischen Wirtschaftsverein, zu Schnabls Verein Pro NÖ und zum ASV Draßburg. Letztgenannter Fußballklub erhielt Novomatic-Sponsoring, obwohl er lange Zeit nur Viertligist war. Die Opposition vermutet, dass das mit dem Präsidenten des Klubs zu tun hat: dem einstigen burgenländischen SPÖ-Klubobmann und späteren Landesrat Christian Illedits.

U-AUSSCHUSS

Wer im Frühjahr 2021 befragt wird

SPÖ und Neos laden unter anderem:

- **Harald Mahrer (ÖVP)** Wirtschaftskammer-Präsident und Ex-Minister, zum Thema FMA-Reform
- **Stefan Steiner** Einer der engsten Berater von Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP)
- **Oliver R.** Ex-Bodyguard, der Heinz-Christian Strache belastet
- **Alexander Schütz** ÖVP-Spender, Investor
- **Antonella Mei-Pochtler** Leiterin des Kanzleramt-Thinktanks
- **Karin S.** Straches Ex-Assistentin, die ihn belastet
- **Wolfgang Sobotka (ÖVP)** U-Ausschuss-Vorsitzender
- **Karin Kneissl** Außenministerin unter Türkis-Blau
- **Josef Pröll (ÖVP)** Ex-Vizekanzler und Casinos-Aufsichtsrat
- **Gernot Blümel (ÖVP)** Finanzminister
- **Elisabeth Köstinger (ÖVP)** Tourismusministerin, Ex-Generalsekretärin
- **Hans-Peter Weiss** Vorstand der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)
- **Eduard Müller** Ex-Sektionschef, Ex-Finanzminister, FMA-Chef
- **Andreas Holzer** Leiter der Soko Tape
- **Niko R.** Einstiger Soko-Tape-Ermittler, der Strache positive SMS schickte
- **Thomas Schmid** Öbag-Chef, Ex-Finanzkabinett

Die ÖVP lädt:

- **Herbert Kickl (FPÖ)**, Ex-Innenminister und jetziger blauer Klubobmann
- **Heinz-Christian Strache (HC)** Ex-Vizekanzler
- **Michael Ludwig (SPÖ)** Wiener Bürgermeister
- **Peter Hanke (SPÖ)** Finanzstadtrat in Wien
- **Hans Niessl (SPÖ)** Ehemaliger Landeshauptmann im Burgenland
- **Johann Gudenus (FPÖ)** Einstiger FP-Klubobmann, Ex-Vizebürgermeister
- **Niko Kern (SPÖ)** Aktiv in der „Sektion ohne Namen", Sohn von Altkanzler Kern

„Standard“, 10.10.2020

Langer Weg für Sidlos 2,3-Millionen-Klage

Voraussetzungen für einen Vergleich sind laut Casinos-Austria-Anwalt schwierig

Keine 20 Minuten, und es war schon wieder vorbei. Am Freitag fand am Handelsgericht Wien die erste Tagsatzung zu jener Klage statt, die Peter Sidlo gegen die Casinos Austria eingebracht hat. Der Exfinanzvorstand des Glücksspielkonzerns fordert ja mehr als 2,3 Millionen Euro vom damaligen Arbeitgeber, der ihn am 2. Dezember 2019 "aus wichtigem Grund" abberufen und entlassen hatte. Sidlo (46) wehrt sich dagegen, will seinen Vertrag, der bis April 2022 gelaufen wäre, mit allem Drum und Dran ausbezahlt bekommen.

Richterin Eva Poech-Frauendorfer fragte die Streitparteien – Peter Sidlo war auch gekommen –, ob sie sich nicht vergleichen möchten. Ganz ausgeschlossen scheint das nicht zu sein: Bis jetzt habe man darüber noch nicht gesprochen, meinten die Anwälte und kündigten an, das bald zu tun. Allerdings, so Casinos-Anwalt Bernhard Hainz: Angesichts der strafrechtlichen Untersuchung, die in der Causa Postenschacher gegen Sidlo geführt werde (es gilt die Unschuldsvermutung), sei es schwierig fürs beklagte Unternehmen, "sich zu positionieren".

Nach diesen Erörterungen gab die Richterin ihren Fahrplan bekannt: Nächstes Mal wird sie Kläger Sidlo befragen. Nicht in Erfüllung gehen wird der sehr höflich vorgetragene Wunsch seines Anwalts Bernhard Steindl, angesichts der persönlichen Umstände seines Mandanten so rasch wie möglich zu verhandeln. Das geht frühestens am 18. Februar: Zum einen ist der Verhandlungskalender der Richterin knallvoll, zum anderen braucht es wegen der Abstandsregeln den größten Saal im Haus. Und der ist gut gebucht.

Folgenschwere Chats

Im Prozess wird es um die Frage gehen, ob Sidlo eine grobe Pflichtverletzung begangen hat, die dem Aufsichtsrat einen Grund gab, ihn rauszuwerfen – was der studierte Jurist eben bestreitet. Der frühere Wiener FPÖ-Bezirksrat Sidlo war im Mai 2019 in den Vorstand gekommen, obwohl ihn der Personalberater nicht für qualifiziert gehalten hatte. Zudem wurde wenig später eine anonyme Anzeige bekannt, wonach seine Bestellung Teil eines politischen Deals gewesen sei.

Der Aufsichtsrat, damals unter Walter Rothensteiner, bat Sidlo daher um eine schriftliche Stellungnahme. Sidlo hielt darin u. a. fest, er habe dem Aufsichtsrat nichts verheimlicht, die in den Raum gestellten "politischen Absprachen sind mir nicht bekannt". Im Übrigen sehe er sich "nicht in der Rolle, Aufklärung leisten zu können".

Im Herbst, nach der Beschlagnahme von Heinz-Christian Straches Handy, wurden dann aber Chats aus der Zeit vor Sidlos Bestellung bekannt – und die wendeten das Blatt. Sidlos Erklärung an den Aufsichtsrat widerspreche "eindeutig" der Auswertung des Chatverkehrs, heißt es in der Klagebeantwortung.

So riet Sidlo dem damaligen FPÖ-Chef Strache, den er als Referenz angegeben hatte, am 16. Jänner 2019, dem Personalberater halt zu erzählen, "wie toll ich bin". Harald Neumann, damals Vizepräsident des Casag-Aufsichtsrats und Novomatic-Chef, informierte er, dass Barbara Kolm "gerne helfen möchte". Kolm ist Vizepräsidentin des Generalrats der Notenbank, sie sitzt dort, wie Sidlo auch, auf einem FPÖ-Ticket. Kolm hat dann auch sehr geholfen, wie man aus anderen Chats weiß.

Angesichts all dessen erschien Sidlo dem Aufsichtsrat nicht mehr vertrauenswürdig.

„Salzburger Nachrichten“, 10.10.2020

Welche Überraschung!

Der sog. Ibiza-Untersuchungsausschuss hat Sensationelles zutage gefördert: Für die Chefin des Novomatic-Konzerns wurde bei deren Bewerbung interveniert! Da sitzen gut dotierte Parteienvertreter stundenlang mit eifernden Wortmeldungen zusammen, um zu dieser für Österreich selbstverständlichen Erkenntnis zu gelangen. Und es werden weiterhin viele Stunden vergehen, um zu klären, ob hinsichtlich dieser Unterstützung gelogen wurde oder nicht. Glaubt denn irgendjemand, dass nicht alle politischen Parteien, deren Vertreter nun auch im Ausschuss sitzen, alles in Bewegung setzen, um den jeweils eigenen Vertrauensmann an die richtige Stelle zu bringen? Wozu also die ganze Inszenierung? In diesem Zusammenhang noch bedenklicher erscheint aber der Eindruck, den man von der Durchlässigkeit an Informationen bei den Erhebungsorganen aller Art im Wiener Bereich gewinnt. Es scheint manchmal, dass eine Auskunftsperson die Tür nach der Vernehmung noch nicht richtig geschlossen hat oder eine Anzeige noch gar nicht gelesen wurde, bis der Inhalt der Aussage oder Anzeige schon bei bestimmten Presseorganen landet. Der Ausschuss greift dann offenbar gern auf diese Inhalte zurück, ohne an deren strafbare Erlangung zu denken oder diese zu verfolgen. Es wäre daher hoch an der Zeit, einen Untersuchungsausschuss als solchen zu behandeln und nicht als eine politische Arena, an der schön langsam das Interesse erlahmt.

Dr. Walter Grafinger, Salzburg

„Standard“, 09.10.2020

Novomatic sagte auch „Freundschaft!“

Vom 1.-Mai-Fest bis zum kleinen Fußballverein unterstützte das Novomatic-Imperium auch rötlich schimmernde Organisationen. Der Machtfaktor der SPÖ hält sich, außer in den Ländern, allerdings in Grenzen.

Fabian Schmid

Wie hast du's mit der Novomatic?“: In der heimischen Politik entwickelt sich die Beziehung zum größten privaten Glücksspielkonzern immer mehr zur Gretchenfrage. Durch die türkis-blaue Casinos-Affäre richtete sich der Scheinwerfer in den vergangenen Monaten vor allem auf Spenden, Förderungen und Sponsorings für Organisationen, die ÖVP und FPÖ nahestehen. Aber beinhaltete „Novomatic zahlt alle“, der legendäre und mittlerweile widerrufene Ibiza-Spruch von Heinz-Christian Strache, nicht auch die SPÖ?

Tatsächlich gibt es auch im Umfeld der Sozialdemokratie Verbindungen zum Glücksspielkonzern. Man muss sich bei der „politischen Landschaftspflege“ der Novomatic allerdings die politischen Machtverhältnisse vor Augen halten. Im Bund spielt die SPÖ, zumindest was das Glücksspiel betrifft, schon lange keine Rolle mehr. Seit 20 Jahren ist das Finanzministerium in anderen Händen, seit drei Jahren die Kanzlerschaft. Anders ist das in den Bundesländern, die das für die Novomatic so wichtige „kleine Glücksspiel“ an Automaten regeln. Erlaubt ist das kleine Glücksspiel in Ober- und Niederösterreich (ÖVP-geführt), Kärnten, der Steiermark (seit 2015 ÖVP-geführt) und im Burgenland.

Sponsoring im Burgenland

Vor allem in Letzterem gibt es fragwürdige Aktivitäten der Novomatic-Tochter Admiral. Diese sponserte ab 2013 den ASV Draßburg, damals ein Viertligist. Der Fußballverein hatte einen prominenten Präsidenten: SPÖ-Klubobmann Christian Illedits, der die Gesetzgebung zum Glücksspiel im Burgenland mitverhandelt hat. Illedits, später Finanzlandesrat, trat im Zuge des Commerzialbank-Skandals zurück. Die Novomatic bestreitet jedweden Zusammenhang zwischen Sponsoring und politischer Einflussnahme; der ASV Draßburg wollte auf Anfrage von *News* die exakte Höhe des Sponsorings nicht nennen. Eine anonyme Anzeige bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft führte diesbezüglich nicht zu Ermittlungen.

Mit Novomatic-Gründer Johann Graf trafen sich im Burgenland laut dessen Kalender „LH alt + LH neu“, gemeint wohl: Hans Niessl und Hans Peter Doskozil. Sichergestellte Unterlagen eines Novomatic-Managers zeigen, dass dieser mit einem neuen Kasino im burgenländischen Parndorf spekulierte.

Eine gute Gesprächsbasis hat Graf dem Vernehmen nach auch mit Wolfgang Katzian: Dieser ist nicht nur Gewerkschaftsboss, sondern auch Präsident von Austria Wien. Der Wiener Traditionsklub wird ebenso wie Rapid von der Novomatic-Tochter Admiral Sportwetten gesponsert; erhält dadurch allerdings auch eine hohe Werbepräsenz – ein Sponsoring, das Sinn ergibt.

Stichwort Wien: Die Hauptstadt war lange Zeit eine sehr wichtige Front für Novomatic. Dabei ging es um zwei Ziele: Erstens sollte ein Kasino im Prater eröffnet werden, zweitens das kleine Glücksspiel erhalten bleiben. Ersteres gelang, Letzteres nicht – was vor allem auf eine Initiative des linken SPÖ-Parteiflügels zurückzuführen ist. Seit 2015 sind die Automaten des kleinen Glücksspiels in Wien verboten.

Davor gab es aber sehr enge Beziehungen zur Novomatic, wie im Jahr 2013 die *Zeit* beschrieb: Da ist die Rede von klandestinen Treffen mit hochrangigen SPÖ-Politikern, günstigen Pachtverträgen und Inseraten für Parteimedien. Tatsächlich sponserte Admiral auch jahrelang das Fest zum Tag der Arbeit, wie Folder belegen. Die „Wiener Kinderfreunde Familien Showbühne“ fand mit freundlicher Unterstützung von Admiral statt.

Geldgeschenke

Wie durch die aktuellen Ermittlungen bekannt wurde, schenkte Novomatic-Gründer Graf auch der Ehefrau des SPÖ-Politikers Ernst Riedl Geld – es gilt die Unschuldsvermutung. Riedl ist im Präsidium des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes (SWV) Niederösterreich, er war lang auch Vorsitzender des Wiener Spielapparate-Beirates. Ein zahnloses Gremium, das den früheren Umgang Wiens mit dem kleinen Glücksspiel illustriert.

Auch in Niederösterreich, Novomatics natürlichem Terrain, wird die SPÖ umgarnt: Es gab Unterstützung für den Verein Pro NÖ, dem der rote Landeschef Franz Schnabl vorsteht. Ex-Innenminister Karl Schlögl war im Aufsichtsrat der Novomatic, zu Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer bestehen geschäftliche Beziehungen. Auch im Magazin des SWV inserierte die Novomatic immer wieder. Dessen Präsident Christoph Matznetter untersucht nun im U-Ausschuss das Gebaren der Novomatic.

Mittlerweile hat die Novomatic ihre Sponsoringaktivitäten für das rote Universum aber reduziert. Auch bei der Unterstützung für Kultureinrichtungen präferiert der Konzern Niederösterreich. Früher gab es beispielsweise noch Geld für die Tschauner Bühne, die zur Basis.Kultur.Wien gehört. Geschäftsführerin ist Monika Erb, verheiratet mit dem Wiener Landtagspräsidenten Ernst Woller (SPÖ). Die Novomatic hält fest, für jedes Sponsoring eine Gegenleistung erhalten zu haben, also etwa Werbepräsenz durch ihre Logos.

„Wiener Zeitung“, 09.10.2020

„Korruption, Korruption, Korruption“

Privatklinik-Betreiber Grubmüller teilte im Ibiza-U-Ausschuss gegen Politik und Wirtschaftskammer aus.

Von Daniel Bischof

Sie beschreiben da ein mafiöses System“, meint SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer. Auskunftsperson Walter Grubmüller antwortet gelassen: „Sehr richtig.“

Grubmüller, Betreiber der Privatklinik Währing, rechnete am Donnerstag im Ibiza-U-Ausschuss mit der Politik ab. Der Unternehmer steht im Fokus, da seine Klinik von einer gesetzlichen Änderung unter Türkis-Blau profitiert haben soll. Der Vorwurf des Gesetzeskaufs steht im Raum, gegen ihn wird ermittelt. „Ich habe mir nie ein Gesetz kaufen wollen“, sagt Grubmüller.

Anstoß der Causa ist der Privatanstalten-Finanzierungsfonds (Prikraf). Privatspitäler, die in diesen Fonds aufgenommen werden, erhalten Geld für medizinische Leistungen an Pflichtversicherte. Auch Grubmüller wollte mit seiner Klinik, die er 2011 aus der Insolvenz heraus gekauft hatte, Eingang in den Fonds finden. Doch das klappte nicht.

„Wollten mich abkassieren“

Voraussetzung für die Aufnahme ist ein Vertrag der Klinik mit der Wirtschaftskammer und der Sozialversicherung. Die Wirtschaftskammer habe sich aber stets quergelegt und ihn sabotiert, beklagt Grubmüller. Daher habe er einen ÖVP-nahen Lobbyisten für rund 35.000 Euro beauftragt, ihm zu helfen – ohne Erfolg.

Der Lobbyist habe ihm gesagt, Politik sei das Bohren harter Bretter mit stumpfen Bohrern, „und es geht leichter, wenn du schmierst“, schildert er. Er müsse sich den „politischen Willen erkaufen“.

Auch sei ihm seitens des Lobbyisten eine Liste mit parteinahen Vereinen vorgelegt worden, so Grubmüller. Darunter war laut dem Unternehmer auch das in den Fokus geratene „Alois-Mock-Institut“, dessen Präsident U-Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) ist. Ein Sprecher Sobotkas betont, dass der Lobbyist nie berechtigt gewesen sei, für das Mock-Institut zu sprechen.

„Es geht leichter, wenn du schmierst“, habe ihm ein Lobbyist gesagt, so Grubmüller. Foto: apa/Pfarrhofer

250.000 Euro habe er insgesamt an Schmiergeld zahlen sollen, sagt Grubmüller: „Die wollten mich abkassieren.“ Auch Kammerfunktionäre seien von sich aus auf ihn zugekommen, um ihre „Hilfe“ anzubieten: „Es haben sich immer wieder Personen gemeldet, die gesagt haben: ‚Das lässt sich ganz einfach machen.‘“ Man könne sagen, was man wolle: „Ich sage: Korruption, Korruption, Korruption.“

„Wirtschaftlich wäre es besser gewesen, die 250.000 Euro zu zahlen“, gibt er an. Doch er habe das abgelehnt, sein Bruder, ein Rechtsanwalt, habe ihn auch strengstens davor gewarnt. Er habe aber weiter um eine Aufnahme gekämpft, so der Unternehmer. Denn: „Der Prikraf steht mir zu.“ Seine Klinik erfülle alle rechtlichen Vorgaben, das sei auch durch mehrere Gutachten belegt.

„Konstruierte Vorwürfe“

Der Fachverband der Gesundheitsbetriebe in der Wirtschaftskammer Österreich wies die „konstruierten Vorwürfe“ zurück. Die Vorhalte seien „schon seit Jahren widerlegt“. Teilweise seien sie auch Gegenstand gerichtlicher Klagen gewesen, die Grubmüller verloren habe. Man sei stets für die Aufnahme der Privatklinik in den Prikraf gewesen: „Dazu liegen einstimmige Beschlüsse vor, es gibt auch mehrere Schreiben, in denen der Fachverband die Aufnahme empfiehlt“, so ein Sprecher. Der Fachverband habe aber stets klargestellt, dass eine Aufnahme nur bei einer entsprechenden Erhöhung des Fondsvolumens möglich sei.

Grubmüller ging laut eigenen Angaben immer wieder auf die Parteien zu: „Jeder wollte was.“ Auch bei einem Besuch bei den Grünen habe man etwa im Gegenzug für mögliche Hilfeleistungen wissen wollen, was Grubmüller über den Glücksspielkonzern Novomatic wisse. Zur Erklärung: Der Unternehmer war während seiner Karriere auch in der Glücksspielbranche tätig.

Zwar habe ihm jede Partei, außer der ÖVP, bei der Debatte um die Aufnahme zugestimmt, passiert sei aber nichts, sagt er. Besonders von der SPÖ – Grubmüller war 49 Jahre lang Parteimitglied – zeigte er sich enttäuscht: „Ich war frustriert, dass sie mir nicht helfen konnte, zu meinem Recht zu kommen.“

Schließlich habe er sich auch an den damaligen FPÖ-Chef Heinz-Christian-Strache gewandt: „Der war der Einzige, der sich die Gutachten durchgelesen und gesagt hat, dass er das nicht versteht und prüfen lässt.“ Strache habe sich „dafür eingesetzt, dass dem Gesetz entsprochen wird“. Nur Strache habe ihn „ernst genommen“. so der Unternehmer.

„Kenne Compliance-Regeln“

Der Ex-FPÖ-Chef verbrachte 2016 vier Tage in Grubmüllers Haus auf Korfu. Den Flug habe Strache selbst bezahlt: „Ich kenne die Compliance-Regeln sicher sehr gut“, so Grubmüller. 2017 spendete er 10.000 Euro an die FPÖ.

Ende 2018 wurde der Prikraf unter Türkis-Blau reformiert und aufgestockt, die Privatklinik Währing wurde aufgenommen. Um einen Gesetzeskauf habe es sich nicht gehandelt, sagt Grubmüller.

Zudem habe ihm die Reform auch „nichts gebracht,“ bemängelt er. Denn bis heute fehle seiner Klinik ein Direktverrechnungsvertrag mit der Sozialversicherung. Dieser würde ihm mit „fadenscheinigen Argumenten“ verwehrt werden.

Dafür macht er erneut die Wirtschaftskammer als auch den Konkurrenten PremiQaMed verantwortlich, „sprich Uniqa, sprich Raiffeisen“, so Grubmüller. Die Wirtschaftskammer weist auch diesen Vorwurf zurück.

Er habe den Kampf mittlerweile aufgegeben und seine Klinik verpachtet, sagt Grubmüller. ■

„Kurier“, 08.10.2020

Steht die Kirche noch im Dorf?

LEITARTIKEL
VON **RICHARD GRASL**

Na sicher redet die Spitzenpolitik bei Jobs in staatsnahen Unternehmen mit. Und natürlich ist ein Sponsoring nicht automatisch korrupt

Selbst Oppositionsparteien attestieren Bettina Glatz-Kremsner gute Managementqualitäten. Ihre Bestellung zur Casinos-Chefin war fachlich gesehen vollkommen richtig. Dass sie im Ibiza-Ausschuss gesagt hat, sie habe weder mit dem Kanzler noch mit dem Generalsekretär im Finanzministerium Kontakt gehabt, war jedoch unklug. Man hätte nicht viel mehr erfahren, als dass die damalige ÖVP-Vizechefin auch mit ihrem Parteichef redet. Da jetzt entsprechende SMS aufgetaucht sind, droht ein Verfahren wegen Falschaussage.

Aber steht bei dieser Diskussion noch die Kirche im Dorf? Glaubt jemand ernsthaft, dass die Spitzenpolitik bei der Vergabe wichtiger Führungsjobs bei Unternehmen mit staatlicher Beteiligung wie der Post, dem Verbund oder eben den Casinos nicht mitredet? Dass der Wiener Bürgermeister beim Chef der Wien-Energie und die niederösterreichische Landeshauptfrau bei der Person des EVN-Chefs nicht ihre Meinung äußert? Denn wer trüge die Letztverantwortung für Blackouts in den Stromnetzen, Chaos bei der Postzustellung oder dem Niedergang der Casinos als Tourismusmagneten? Natürlich die Spitzenpolitik. Dass der Versuch, untaugliche Personen auf Parteitickets hinaufzuhieven oder bis in die unterste Ebene Freunde zu versorgen, abgeschafft werden muss, ist kein Widerspruch.

Die Kollateralschäden betreffen auch andere Bereiche. Wie der KURIER herausgefunden hat, dürfte Novomatic auch im roten Reichsfünftel gesponsert haben *(Seite 6)*. Es gibt Inserate, ein paar Tausender für einen Ball. Na und? Auch Sportvereine, Kulturinitiativen bis hin zum ORF-Kultursender *Ö1* haben mit Novomatic-Geld Aktivitäten finanziert. Werden damit Entscheidungsträger korrumpiert? Darf ein Bürgermeister für ein Projekt in seiner Gemeinde kein Sponsoring aus der regionalen Wirtschaft oder einer lokalen Bank mehr annehmen? Dann gäbe es viele tolle Projekte wie Spielplätze, Musikschulen, Sportinitiativen nicht mehr.

Auch persönliche Treffen von Politikern und Managern werden diskreditiert. Warum aber sollte der Novomatic-Eigentümer nicht den Wiener Bürgermeister samt Finanzstadtrat treffen, wie es in seinem beschlagnahmten Kalender steht? Und selbst wenn sie über Glückspiel reden, wäre das noch nicht korrupt. Oder wollen wir Politiker, die mit Unternehmen nicht mehr über deren Geschäft und Wünsche reden, sondern im Elfenbeinturm Gesetze schnitzen?

Bisher hat der U-Ausschuss in diesem Themenfeld ein paar öffentliche (!) Veranstaltungen des Mock-Instituts, bei dem Novomatic als Sponsor ausgeschildert war, aufgedeckt. Die fetten schwarzen Kassen und Geldströme sind aber nicht gefunden worden. Sollte das noch gelingen und daraufhin schärfere Transparenzgesetze entwickelt werden, war der Ausschuss ein Erfolg. Sollte nicht viel mehr hervorkommen, bleiben viele Schäden an Personen und Unternehmen.

richard.grasl@kurier.at

„Kurier“, 08.10.2020

Neue Novomatic-Spuren

U-Ausschuss. Jetzt sollen auch SPÖ-Funktionäre Verbindungen zu Novomatic erklären. Die ÖVP will vorerst Niederösterreichs Landesparteichef Franz Schnabl in den Ausschuss laden

APA/ROBERT JAEGER

Der Glücksspielkonzern Novomatic war in den vergangenen Jahren gern gesehener Sponsor und Inserent – auch bei den Parteien

VON **MARTIN GEBHART**

Die Zeiten sind vorbei, da Novomatic gern gesehener Sponsor und Inserent war. Auch bei Politikern und deren verschiedenster Organisationen. Mittlerweile wollen die Parteien nicht mehr mit dem Glücksspielkonzern in Verbindung gebracht werden. Dabei tauchen nach der ÖVP nun auch immer mehr Novomatic-Spuren in der SPÖ auf.

Bislang stand im Untersuchungsausschuss aber nur Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) im Visier. Vor allem in jenem der Fraktionsführer von SPÖ und Neos, Kai Jan Krainer und Stephanie Krisper. Ihm werden die Inserate für den Report des Alois-Mock-Instituts und die Kooperationen bei Veranstaltungen zur Last gelegt. Für Sobotka, auch Präsident dieses bürgerlichen Thinktanks, ist dabei alles rechtlich in Ordnung abgelaufen. Er sieht sich nicht als befangen und will den Vorsitz im U-Ausschuss auf keinen Fall zurücklegen. SPÖ und Neos haben Sobotka nun wegen seiner Aussagen im Ausschuss angezeigt.

Nachdem er sich zu Beginn immer allein verteidigen musste, ist nach Tagen der Stille nun auch die ÖVP für ihn zum politischen Gegenangriff ausgerückt. Wobei nicht U-Ausschuss-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl die Klinge führt, sondern dessen Stellvertreter, der Wiener Neustädter Abgeordnete Christian Stocker. Der will nun Niederösterreichs SPÖ-Landeshauptfrau-Stellvertreter Franz Schnabl wegen dessen Beziehungen zu Novomatic als Auskunftsperson laden lassen. Wegen des SPÖ-nahen Vereins „Pro NÖ“, dessen Löwenherz-Preis auch von Novomatic gesponsert worden ist. Stocker: „Wir sind gespannt, mit welchem Engagement sich der Untersuchungsausschuss dem widmen wird.“

In der SPÖ reagiert man empört. Landesgeschäftsführer Wolfgang Kocevar bezeichnete die Attacke als „unzulässiges Ablenkungsmanöver“. Es gehe ja nicht um Zuwendungen für einen guten Vereinszweck, sondern um „Zusammenhänge von Spenden zu politischen Handlungen“. Die ÖVP befasst sich aber nicht nur mit dem Löwenherz-Preis. Die Partei hat eine lange Liste mit Verknüpfungen von Schnabl mit dem Glücksspielkonzern zusammengestellt. Da taucht auch dessen Funktion beim Arbeiter-Samariterbund auf. Schnabl: „Die ÖVP versucht krampfhaft, auch alle anderen in Geiselhaft zu nehmen.“

APA/HELMUT FOHRINGER

Christoph Matznetter: „Novomatic hat viel inseriert“

Geld für den SWV

Das Augenmerk ist aber auch auf den Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband (SWV) gerichtet. Dort hatte Novomatic bis zum Jahr 2014 regelmäßig in dessen Magazin inseriert und immer wieder Veranstaltungen gesponsert. Auch noch nach dem Ibiza-Skandal, wie ein Schreiben des niederösterreichischen SWV an Novomatic belegt, das der Redaktion vorliegt. Da dankt Landesgeschäftsführer Gerd Böhm für den Werbekosten- und Sponsoringbeitrag für einen Ball und eine Golf-Trophy in der Höhe von 2.490 Euro.

Dessen Österreich-Präsident Christoph Matznetter sitzt für die SPÖ im U-Ausschuss. „Was soll das?“, sagt er zum KURIER. Novomatic habe damals in vielen Organen inseriert, das „kleine Glücksspiel“ wäre in Wien dennoch verboten worden.

Ermittlungen gegen Ex-ÖVP-Vizechefin

Causa Casinos. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat gegen Casinos-Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner offenbar Ermittlungen wegen falscher Zeugenaussage vor der WKStA eingeleitet. Der ehemaligen Vizeparteichefin der Neuen Volkspartei wird Falschaussage in sechs Punkten vorgeworfen. Gegenüber der *APA* hat die WKStA keinen Kommentar dazu abgeben, da die gesamte Causa Casinos Austria AG (Casag) Verschlusssache sei und man grundsätzlich keine Informationen zu einzelnen Beschuldigten gebe.

Am Mittwoch brachten deshalb die Neos eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft ein, da sie aus deren Sicht auch im Ibiza-Untersuchungsausschuss eine Falschaussage getätigt haben soll.

So soll sie bei ihrer Aussage am 10. September bewusst verheimlicht haben, je mit dem ehemaligen Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache über „das Thema Sidlo“ gesprochen zu haben.

APA/HANS PUNZ

Vorwurf der Falschaussage gegen Glatz-Kremsner

Ein nun vorliegender SMS-Verkehr zeige aber Gegenteiliges.

Glatz-Kremsner selbst hat sich über den Vorwurf der Falschaussage „erschüttert“ gezeigt. Sie könne die heute „den Medien zugespielten Behauptungen“ nicht kommentieren, da sie aktuell noch keine offizielle Mitteilung der Staatsanwaltschaft erhalten habe, meinte Glatz-Kremsner in einer Stellungnahme gegenüber der *APA*. „Selbstverständlich“ werde sie die Behörden bei der restlosen Aufklärung unterstützen, sie habe „keinerlei Zweifel, dass sich alle im Raum stehenden Vorwürfe restlos aufklären werden und aus der Welt geschafft werden können“.

„www.orf.at“, 08.10.2020

„Ibiza“-Ausschuss: Sobotka und Blümel sollen nochmal kommen

NEOS und SPÖ haben heute ihre Ladungsliste im „Ibiza“-Untersuchungsausschuss für das neue Jahr vorgelegt. Neben der neuerlichen Ladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Finanzminister Gernot Blümel (beide ÖVP) und ÖBAG-Chef Thomas Schmid sind unter anderem Wirtschaftskammer-Chef Harald Mahrer (ÖVP), der ehemaligen Notenbank-Gouverneur Ewald Nowotny und Ex-Außenministerin Karin Kneissl sowie Post-Generaldirektor Georg Pölzl geladen.

Die dritte Tranche der Befragungen startet am 26. Jänner und endet am 14. April. Insgesamt sind 14 Befragungstage vorgesehen. Den Anfang machen Ende Jänner (26. und 27.) Auskunftspersonen zu den Ermittlungen zum „Ibiza-Video“, darunter sind ein Ermittler und neuerlich der Leiter der SoKo Tape, Andreas Holzer sowie die PR-Berater Rudolf Fußi und Daniel Kapp.

Kumpfmüller, Mei-Pochtler und Strache-Sekretärin

Im Februar sollen neben Mahrer und Nowotny etwa der ehemalige FMA-Vorstand Klaus Kumpfmüller, OeNB-Direktor Thomas Steiner, ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior, Kurz-Berater Stefan Steiner und Antonella Mei-Pochtler, Direktorin der dem Kanzleramt angegliederten Denkfabrik Think Austria, gehört werden. Hauptthemen sind dabei die FMA und Spenden an Parteien.

Post-Chef Pölzl, Übergangs-Finanzminister Eduard Müller und der ehemalige Strache-Leibwächter sowie die Sekretärin von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian sollen im März befragt werden. Im April stehen dann neben den neuerlich geladenen Blümel, Kneissl, Schmid und Sobotka auch Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, Stepan Dlouhy von der Sazka Gruppe und C-Quadrat-CEO Alexander Schütz am Programm.

Neuerlich geladen sind auch Milliardärin Heidi Horten und Novomatic-Eigentümer Johann Graf. Hier müsse nun das Verwaltungsgericht entscheiden, wer für die Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung zuständig sei, hieß es.

Debatte über Sobotka-Vorsitz geht weiter

NEOS-Fraktionsführerin Stephanie Krisper und SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer gingen davon aus, dass das Ladungsverlangen angenommen wird. Sobotka wurde neuerlich geladen, weil sich Widersprüche in seinen Aussagen zu Höhe und Umfang der Leistungen der Novomatic für das Alois-Mock-Institut ergeben hätten. Krisper ging davon aus, dass Sobotka nun nicht mehr den Vorsitz ausüben wird, denn gemäß Verfahrensordnung sind Auskunftspersonen einzeln und in Abwesenheit der später zu hörenden Auskunftspersonen zu befragen.

„Du musst dir politischen Willen erkaufen“

Der „Ibiza“-U-Ausschuss widmete sich gestern unterdessen einem bisher nur am Rande behandelten Thema – der Causa PRIKRAF. Dahinter verbirgt sich der Privatanstalten-Finanzierungsfonds. Dieser geriet in den Fokus, weil Spender von ÖVP und FPÖ von Gesetzesänderungen unter ÖVP und FPÖ profitiert haben sollen. Mit dem Privatklinikbetreiber Walter Grubmüller war einer der mutmaßlichen Profiteure geladen – er nutzte seinen Auftritt für eine Abrechnung mit einem „korrupten System“.

„Südkurier“, 08.10.2020

Spielcasino im Industriepark geplant

Bauantrag für Admiral mehrheitlich genehmigt Projekt sorgt für Debatte im Technischen Ausschuss

Von Manfred Dieterle-Jöchle
manfred.dieterle-joechle@suedkurier.de

Meßkirch Mit großer Mehrheit sprachen sich die Mitglieder des Technischen Ausschusses (TA) des Meßkircher Gemeinderats dafür aus, dass im Industriepark Nördlicher Bodensee ein Spielcasino gebaut werden darf. Dieses soll das Unternehmen Admiral Entertainment betreiben. Gegen ein Casino sprachen sich die beiden CDU-Gemeinderäte Christian Fecht und Christian Ott sowie die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Angela Andres, aus. Sie und Christian Fecht hatten ihre Ablehnung mit ihren grundsätzlichen Bedenken gegen solche Glücksspieleinrichtungen begründet.

Christian Fecht wollte eine getrennte Abstimmung, da der Bauantrag, den es zu beschließen galt, auch eine Gastronomie vorsieht. Bürgermeister Arne Zwick sagte, dass eine getrennte Abstimmung nicht möglich sei, da der gestellte Bauantrag sowohl das Spielcasino wie die Gastronomie enthalte und deshalb nicht geteilt werden könne. Zwick erklärte dem Gemeinderat, dass der Bebauungsplan für den Industriepark nur in dem Baufeld, in dem Admiral sein Projekt umsetzen will, ein Spielcasino zulasse. Der Antrag entspreche den rechtlichen Vorgaben und sei legal. Obendrein wies er darauf hin, dass das Projekt nicht mit einem bösen Moloch gleichzusetzen sei. Die eigentlichen Gefahren, spielsüchtig zu werden, sieht Zwick in Internet-Spielen. Das Baufeld für das Casino mit rund 150 Quadratmetern Nutzfläche und die Gastronomie mit rund 290 Quadratmetern liegt an der Bundesstraße 311. Parkplätze werden auch im Untergeschoss des Gebäudes geschaffen.

Wer bekommt Glücksspielsteuer?

Thomas Nuding, Freie Wähler, deckte mit seiner Frage, welche der am Industriepark beteiligten Kommunen die Glücksspielsteuer kassieren würde, eine Lücke in der Satzung des Industriepark-Zweckverbandes auf. Nach Nudings Kenntnisstand würde diese Steuer ausschließlich Meßkirch zugute kommen, die anderen Kommunen gingen leer aus. Meßkirchs Bürgermeister sprach vor dem Technischen Ausschuss von einer Regelungslücke in der Satzung. Er ließ aber offen, ob diese geschlossen werden soll.

Ob der Admiral-Neubau im Industriegebiet Auswirkungen auf bestehende Spielhallen im Meßkircher Stadtgebiet haben werde, wollte Joachim Bach, Fraktionschef der Freien Wähler, wissen. Zwick sagte, es werde wohl eine gewisse Bereinigung geben, wenn der Bestandsschutz für bestehende Spielhallen ende. Und er könne sich nicht vorstellen, dass Admiral in Meßkirch zwei solcher Glücksspieleinrichtungen betreiben werde. Eine gibt es schon.

In direkter Nachbarschaft zum Spielcasino wird eine Tankstelle gebaut. Dieser Bauantrag wurde vom TA durchgewunken. Neben Zapfsäulen für Autos wird es separate Säulen für Lastwagen geben. Daneben sind eine Waschstraße für Autos sowie zwei Plätze zum Selberwaschen vorgesehen. Nach den Beratungsunterlagen des TA soll es eine Total-Tankstelle werden. Die Anträge für die Tankstelle beziehungsweise für das Spielcasino und die Gastronomie müssen vom Landratsamt noch genehmigt werden.

Nächstes Bauprojekt

Während im Industriepark das neue Verteilzentrum von Amazon kurz vor der Inbetriebnahme steht, die Bauarbeiten für den neuen Firmensitz des Medizintechnikherstellers Medi-G auf Hochtouren laufen, wurde jetzt mit einem neuen Bau begonnen. Das Meßkircher Holzbauunternehmen Alber lässt hier eine Lager- und eine Produktionshalle entstehen als neuen Standort für die Alber Holzbau GmbH. Im März/April 2021 wird dieser wahrscheinlich in Betrieb gehen. (dim)

(Abbildung)
Ein Spielcasino will das Unternehmen Admiral auf dieser Fläche des Meßkircher Industrieparks Nördlicher Bodensee betreiben. Der Bauantrag sieht daneben noch eine Gastronomie vor. Bilder: Manfred Dieterle-Jöchle

„Kleine Zeitung“, 08.10.2020

Weil’s immer so war

Nicht alles, was in Österreich üblich ist, ist erlaubt. Die Justiz ermittelt gegen die Casinos-Chefin wegen falscher Zeugenaussage zum Postenschacher.

In anderen Ländern treten Politiker, wenn sie einer Falschaussage überführt worden sind, zurück. In Österreich nimmt man es mit der Wahrheit nicht so genau. Erst dieser Tage wurde bekannt, dass Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka den Untersuchungsausschuss nicht im vollen Umfang über das Ausmaß der finanziellen Unterstützung von Novomatic an die Alois-Mock-Stiftung informiert hatte. Bis zur Aufklärung des Sachverhalts sollte er den Vorsitz im U-Ausschuss ruhend stellen.

Nun hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner wegen mehrerer Falschaussagen eingeleitet. Entgegen ihrer Aussage vor der Justiz hatte sie offenbar sehr wohl Signale aus dem Kanzleramt und dem Finanzministerium erhalten, wonach sie die erste – und einzige – Wahl für den Chefsessel beim Glücksspielkonzern sei. Glatz-Kremsner war bis April 2019 stellvertretende Chefin von Sebastian Kurz (ÖVP), bei der Anbahnung von Türkis-Blau 2017 war sie federführend in die Verhandlungen involviert.

Nun mag der gelernte Österreicher einwenden: Na und? Was ist das Besondere daran? Das war doch immer schon so!

Doch nicht alles, was in Österreich üblich, gang und gäbe ist, ist denn auch erlaubt. Und erwünscht.

Auch im staatsnahen Bereich ist es bei Aktiengesellschaften so, dass der Eigentümer, in dem Fall die Regierung in Vertretung des Staates, den Aufsichtsrat beschickt, dieser dann aber nach bestem Wissen und Gewissen, nach Ausschreibung, wenn möglich ohne Zuruf der Politik, den Vorstand bestellt. Vor diesem Hintergrund ist es höchst problematisch, wenn aus Chatprotokollen des Chefs der Staatsholding, Thomas Schmid, zweifelsfrei hervorgeht, dass die Politik hinter der Bestellung der Casinos-Chefin steckt. Andere Protokolle belegen auch die Vermutung, dass die Politik bei der Bestellung von Peter Sidlo oder auch des OMV-Vorstands ordentlich mitgemischt hat.

Das Außergewöhnliche an den neuen Enthüllungen ist allerdings, dass niemand davon überrascht ist. Der Politologe Laurenz Ennser-Jedenastik hat sich die Mühe gemacht, die Postenbesetzungen der letzten 30 Jahren im Detail auszuwerten. Tausende Bestellungen im staatsnahen Bereich wurden analysiert, der Trend ist ein eindeutiger. Egal, wer in der Regierung sitzt, ob ÖVP, SPÖ, FPÖ oder Grüne: Oft sind die Kandidaten durchaus kompetent. Von noch größerer Bedeutung als die Qualifikation ist allerdings das parteipolitische oder persönliche Naheverhältnis.

Unter den Grünen fanden bereits erste Umfärbungen statt, bei den ÖBB und in der Asfinag wurden die von der FPÖ bestellten Aufsichtsräte durch neue ersetzt.

Zeit für Neues" lautete der Slogan der Türkisen, als Kurz die ÖVP übernahm. Bei Postenbestellungen im staatsnahen Bereich müsste es eher heißen: In Österreich nichts Neues.

„Österreich“, 08.10.2020

Zeugin war Mitarbeiterin Sobotkas

U-Ausschuss: Absage, weil die Kinder-Betreuung fehlt

Ibiza-U-Ausschuss ist mit einer weiteren – eher skurrilen – Absage konfrontiert.

Wien. Konkret geht es um eine frühere Kabinettsmitarbeiterin von Ausschuss-Chef Wolfgang Sobotka, ÖVP – mit speziellen Verbindungen zum Glücksspielkonzern Novomatic. Die Frau ist für den 20. Oktober um 13.30 Uhr geladen – hat aber laut Unterlagen der Parlamentsdirektion abgesagt: Sie habe zu dem Zeitpunkt keine Kinderbetreuung. Der Ausschuss kann die Frau nochmals laden – und auch Beugestrafen verhängen.

Sobotka hat den Vorsitz.

Bisherige Absagen hatten gesundheitliche Gründe (samt Attest) gehabt. *(gü)*

„Standard“, 08.10.2020

FLORIAN SCHEUBA

Hier könnte Ihr Inserat stehen

„Der Kronzeuge – ein Insider schildert das System Novomatic“ war unlängst auf dem Cover des Magazins *News* zu lesen. Aber nicht lange, denn die komplette Ausgabe wurde eingestampft und ohne die Novomatic-Geschichte am Cover und im Heft neu gedruckt.

Nicht minder bemerkenswert, welche Geschichte über diesen Kronzeugen, den ehemaligen Novomatic-Geschäftspartner Peter Barthold, anderorts nicht eingestampft wurde. Drei Tage vor dessen Einvernahme im parlamentarischen Untersuchungsausschuss bezeichnete ihn *oe24* in einem anonymen Artikel als „Münchhausen“. Nun könnte die Bezeichnung „Münchhausen“ in einem Wolfgang-Fellner-Medium auch anerkennend gemeint sein, ungefähr so, wie wenn einen der Papst als „guter Katholik“ anredet. Im konkreten Fall interessant ist, dass sich der Text ausdrücklich auf Informationen des Novomatic-Lobbyisten Gert Schmidt beruft.

Denn von diesem Herrn war kurze Zeit später im U-Ausschuss die Rede. Barthold erzählte, dass Schmidt ihn vor ein paar Tagen getroffen hätte, um ein Angebot zu machen: Wenn Novomatic-Kritiker Barthold bei seiner Einvernahme vor dem U-Ausschuss bestimmte Aussagen zu machen bereit sei, würde es sein finanzieller Schaden nicht sein. Barthold hat das nicht gemacht und stattdessen die für ihn vorformulierten Aussagen veröffentlicht. Diese lesen sich teilweise unfreiwillig komisch: „Auch wenn Sie es überrascht, das von MIR *(Hervorhebungen im Original; Anm.)* zu hören: Ja, die NOVOMATIC-Gruppe war zu jeder Zeit ein fairer, verlässlicher Partner. Rückblickend muss ich auch dem Land Wien attestieren, dass das heute so kritisierte „Kleine Glücksspiel“ vortrefflich von WIEN kontrolliert wurde – es gab KEIN ILLEGALES Automaten-Glücksspiel in Wien.“ Die Formulierung „vortrefflich von Wien kontrolliert“ erheitert besonders, angesichts der Tatsache, dass der dafür zuständige Spielapparate-Beirat in sieben Jahren von über 4000 zu prüfenden Automaten keinen einzigen kontrolliert hat und die Frau des damaligen Beiratsvorsitzenden von Novomatic-Besitzer Graf mehrfach großzügigst beschenkt wurde. Und dass Novomatic-Spielautomaten sehr wohl illegal waren, hat mittlerweile sogar schon der Oberste Gerichtshof festgestellt.

Wäre diese Aussage im U-Ausschuss tatsächlich vorgetragen worden, hätten die Abgeordneten einmal nicht nur über Novomatic-Inserate gesprochen, sondern hätten ein solches auch gleich zu hören bekommen.

Gegen Ende seiner Einvernahme sprach Barthold dann über die verheerende Gesetzeslage in Österreich, die bei Automaten Spieleinsätze von zehn Euro und Höchstgewinne von 10.000 Euro zulässt, während in Deutschland nur 20 Cent Höchsteinsatz und 23 Euro Höchstgewinn erlaubt sind. Würde Österreich diese Limits übernehmen, wäre das erstmals eine wirklich sinnvolle Spielerschutzmaßnahme, die den gigantischen volkswirtschaftlichen Schaden, den Automatenspielsucht anrichtet, spürbar verringern würde.

Sollte Novomatic eines Tages von sich aus zu dieser Maßnahme bereit sein, wäre ich bereit zu sagen: „Auch wenn Sie es überrascht, das von MIR zu hören: Ja, die NOVOMATIC-Gruppe zeigt erstmals Spuren von Anstand und Verantwortungsbewusstsein.“

„Standard“, 08.10.2020

"Viribus unitis" beim Casinos-Poker

Sechs Mal soll die Casinos-Chefin und Ex-ÖVP-Vize Bettina Glatz-Kremsner falsch ausgesagt haben, behauptet die Staatsanwaltschaft. Die einst blaue Affäre wird dadurch einen Hauch türkiser. Fabian Schmid Türkis-Blau war wohl die erste und letzte Regierung, die so offen und viel miteinander gechattet und die Texte dann nicht gelöscht hat, prophezeite unlängst ein Beschuldigter in der Casinos-Affäre im Hintergrundgespräch mit dem STANDARD. Er könnte recht behalten: Beinahe wöchentlich bringen neue Chats aus dem Casinos-Komplex die Beteiligten in Bedrängnis.

Dieses Mal trifft es Bettina Glatz-Kremsner, Casinos-Generaldirektorin und einstige ÖVP-Vizeobfrau. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) denkt, dass Glatz-Kremsner Anfang Juni 2020 in sechs Punkten falsch vor den Ermittlern ausgesagt hat.

Im Grunde stellte Glatz-Kremsner ihre Rolle bei der Neubestellung der Casinos-Vorstände als vernachlässigbar dar. Sie wusste nichts Konkretes vom Eigentümerstreit zwischen Republik, Novomatic und Sazka; sie kannte den Finanz-Generalsekretär und späteren Öbag-Chef Thomas Schmid nur formell und beruflich; wusste nichts von Terminen; sagte niemandem Unterstützung zu und so weiter und so fort.

Chatnachrichten zwischen ihr und Schmid rücken die Angelegenheit jedoch in ein anderes Licht. Das zeigt sich an den Gesprächen rund um die Generalversammlung der Casinos Austria AG, bei der Glatz-Kremsner, der blaue Bezirksrat Peter Sidlo und der tschechische Manager Martin Skopek als Vorstände bestellt wurden.

Noch am Vortag gab Glatz-Kremsner strategische Tipps, nach der erfolgreichen Bestellung waren sie und Schmid euphorisch. "Wir müssen echt feiern! Du hast das so genial koordiniert!", schrieb Schmid an sein Gegenüber. "Viribus unitis, lieber Thomas!!!", so die Antwort von Glatz-Kremsner.

Mit "vereinten Kräften" will Glatz-Kremsner also ihre Bestellung zur Generaldirektorin geschafft haben – für die WKStA ein deutlicher Widerspruch zu ihren Aussagen.

"Bisschen helfen"

Die Chatnachrichten in den Monaten davor zeigen, dass sich Glatz-Kremsner aktiv über Ergebnisse von Gesprächen von Ministerium und Eigentümern informiert hat. Außerdem sagte sie aus, Schmid im Zuge der Regierungsverhandlungen im Herbst 2017 kennengelernt zu haben, danach beruflich Kontakt gepflegt zu haben.

Doch schon 2016 übermittelte ihr Schmid eine "private Einladung" zu einem Abendessen mit acht Personen; Ziel war es "unserem Gernot Blümel (ÖVP-Wien-Chef, Anm.) dabei ein bisschen helfen sich zu etablieren". Am Tag nach dem Dinner bedankte sich Glatz-Kremsner für die Kochkünste.

Die Opposition forderte Konsequenzen für Glatz-Kremsner, die auch vor dem U-Ausschuss zur Ibiza-Affäre widersprüchliche Angaben getätigt hatte. Die Neos brachten deshalb eine Sachverhaltsdarstellung ein.

Dementi der Casinos-Chefin

Glatz-Kremsner zeigte sich "erschüttert" über die Vorwürfe. Da sie noch keine Mitteilung der Staatsanwaltschaft erhalten habe, könne sie sich dazu nicht äußern. Sie habe aber "zu keinem Zeitpunkt ein auch nur irgendwie schuldhaftes Verhalten an den Tag gelegt".

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) gab an, sich in laufende Verfahren nicht einmischen zu wollen. Kritik an der Arbeit der WKStA hatte zu Jahresbeginn für eine veritable Krise gesorgt: Damals hatte Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) in einem Hintergrundgespräch scharfe Kritik an den Ermittlern geäußert. Einerseits wegen der sogenannten Schredderaffäre, andererseits wegen beschuldigter ÖVP-Politiker in der Casinos-Affäre. Die Ermittlungen gegen sie dauerten zu lange, so Kurz sinngemäß. Neun Monate später sind jedoch nach wie vor Ex-Finanzminister Hartwig Löger, Ex-Vizekanzler Josef Pröll und Schmid unter den Beschuldigten – und mit Glatz-Kremsner nun eine ehemalige Parteivize. Kopf des Tages

Seite 44

„Trend“, 08.10.2020

START

FÜNF JAHRE war Novomatic-Eigentümer Johann Graf (u.) als Aktionär bei René Benkos (r.) Signa Prime Selection mit an Bord. Kürzlich hat er seine Anteile verkauft.

NOVOMATIC-GRAF STEIGT BEI SIGNA AUS

Novomatic-Eigentümer Johann Graf steigt überraschend als Investor der SIGNA PRIME SELECTION aus. Er verkauft seine Anteile an die im Eigentum von René Benko stehende Signa Prime Holding.

VON ANGELIKA KRAMER

Mehr als 200 Millionen Euro – so viel wie noch nie – will der Tiroler Immobilien-Tycoon René Benko im Laufe dieses Jahres an die Aktionäre der Signa Prime Selection auszahlen. Diese Gesellschaft umfasst vorwiegend Immobilien in Toplagen wie das „Goldene Quartier“ in Wien und die KaDeWe-Standorte in Deutschland. Der Großteil dieser Dividende kommt Benko selbst beziehungsweise seiner Familie zugute, die die Mehrheit am Unternehmen besitzt.

Neben Benko dürfen sich auch Bau-Unternehmer Hans-Peter Haselsteiner (10 Mio. €), die Privatstiftung der Formel-eins-Legende Niki Lauda (1,84 Mio. €), Ex-Skirennläufer Harti Weirather (2,2 Mio. €) sowie der deutsche Unternehmensberater Roland Berger (3,9 Mio. €) über den üppigen Geldregen freuen. Ein prominenter Investor ist heuer allerdings nicht mehr mit dabei: Novomatic-Eigentümer Johann Graf, der nach Informationen seiner Investmentgesellschaft Novo Invest seine Anteile an der Signa Prime Selection bereits zu Jahresende 2019 an die Signa Prime Holding, also Benko, verkauft hat. Graf ist 2015 als Aktionär eingestiegen und hat zuletzt etwas mehr als ein Prozent an Benkos Gesellschaft besessen. Als Grund für den Ausstieg nennt die Novo Invest „den üblichen Veranlagungshorizont von fünf Jahren“, der dieses Jahr erreicht wurde. Man stehe nach wie vor in einer professionellen Geschäftsbeziehung zur Signa und wünsche weiterhin viel Erfolg.

Bereits vor Graf hat es prominente Abgänge aus dem Aktionariat der Signa Prime Selection gegeben: 2017 ist Ex-Porsche-Chef Wendelin Wiedeking nach Differenzen mit Benko ausgeschieden.

Der hohe Bilanzgewinn der Signa Prime Selection von mehr als 640 Millionen Euro (zum Vergleich: im Jahr 2018 betrug er 291,3 Millionen Euro) wurde durch eine erstmalige Vollkonsolidierung der Kaufhof-Immobilien sowie eine Aufwertung aller Immobilien möglich. Die „Fair-Value-Anpassung“ wie sie in die Bilanz genannt wird, erfolgte von 324 (2018) auf 933 Millionen Euro. Insgesamt betrug der Wert der Luxus-Immobilien von Benko zuletzt 15 Milliarden Euro. In Deutschland hat Benko für die Karstadt-Kaufhof-Mitarbeiter staatliche Kurzarbeit in Anspruch genommen. T

„Die Presse“, 08.10.2020

NACHRICHTEN

U-Ausschuss: SPÖ und Neos zeigen Sobotka an

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) ist nun auch mit einer Anzeige wegen Falschaussage im Ibiza-U-Ausschuss konfrontiert. SPÖ und Neos brachten am Mittwoch eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft gegen den U-Ausschuss-Vorsitzenden ein. Der Vorwurf: Sobotka soll unrichtige bzw. unvollständige Angaben über "Art, Höhe und Umfang der Leistungen der Novomatic AG an das Alois-Mock-Institut" gemacht haben, dem er als Präsident vorsteht.

Hilfsorganisationen für mehr Pflegepersonal

Nach dem am Montag erfolgten Startschuss zur Pflegereform durch Sozialminister Rudolf Anschober haben sich am Mittwoch die Hilfsorganisationen zu Wort gemeldet. Eine Personaloffensive ist aus Sicht von Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotem Kreuz und Volkshilfe entscheidend: 75.000 zusätzliche Mitarbeiter würden benötigt.

„OÖ Nachrichten“, 08.10.2020

Sobotka wurde angezeigt, neue Strache-SMS

Auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (VP) ist mit einer Anzeige wegen Falschaussage konfrontiert. SPÖ und Neos brachten gestern eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft ein. Sobotka soll demnach im Untersuchungsausschuss unrichtige Angaben über "Art, Höhe und Umfang der Leistungen der Novomatic AG an das Alois-Mock-Institut" gemacht haben, dem er als Präsident vorsteht. Statt mit 40.000 Euro soll der Glücksspielkonzern das Institut mit 109.000 Euro unterstützt haben. Sobotka habe das Parlament bewusst getäuscht, argumentierten SPÖ und Neos. Sobotka widerspricht den Vorwürfen.

Aufgetaucht sind SMS, die Ex-FP-Chef Heinz-Christian Strache in Bedrängnis bringen könnten. Er schrieb im März 2019 ein SMS an den damaligen Finanzminister Hartwig Löger (VP), worin er auf Zugeständnisse bei der Zusammensetzung des Vorstands des Mineralölkonzerns OMV pochte. "Hier haben wir eine Vereinbarung, dass ab der Wahl von Schmitt (gemeint: ÖBAG-Chef Schmid) die AR 2019 neu gewählt werden und auch der eine oder andere Vorstand!", schrieb er. Über Bestellungen von Vorständen bestimmt der Aufsichtsrat (AR); eine politische Einflussnahme wäre strafrechtlich relevant. Straches Anwalt wies die Vorwürfe zurück.

„Standard“, 07.10.2020

Das große Netz der Novomatic

Der Konzern unterstützte weitere ÖVP-nahe Vereine

Wien – Der Glücksspielkonzern Novomatic hat nicht nur das Alois-Mock-Institut von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, sondern weitere Vereine von und mit ÖVP-Politikern unterstützt. Mit der Julius-Raab-Stiftung kooperierte der Konzern für das Projekt „Unfuck the Economy“, dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa wurde ein Druckkostenzuschuss gewährt. Gesponsert wurden das Catering beim Sommerfest der „Niederösterreicher in Wien“ sowie das „Europa-Forum Wachau“. Die Unterstützung der Novomatic warf schon bisher Fragen nach deren Einfluss auf die Politik auf. (red)

Seite 7

„Standard“, 07.10.2020

Novomatic zahlt viele

Das Glücksspielunternehmen hat wie kaum ein zweiter Konzern „politische Landschaftspflege“ betrieben. Viele der unterstützten Organisationen haben ein Naheverhältnis zur Politik.

Fabian Schmid, Jan Michael Marchart

Auch das Europa-Forum Wachau wurde von der Novomatic unterstützt. Dort hatte etwa Kurz als Außenminister große Auftritte (Foto: 2015).

Wenn es um Politik und Kultur in Niederösterreich geht, ist der Glücksspielkonzern Novomatic meistens nicht weit – ebenso wenig wie die ÖVP. Zuletzt stand das Alois-Mock-Institut im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) gegründete Verein erhielt von der Novomatic seit 2013 Leistungen im Wert von 107.000 Euro. Aber er ist bei weitem nicht der einzige ÖVP-nahe Verein, an den die Novomatic andockt.

Formal ist das Mock-Institut keine Vorfeldorganisation der Volkspartei. Deren politische Akademie bezeichnet es jedoch als Teil ihres „vielfältigen Netzwerks“. Dazu gehören auch mindestens drei weitere Initiativen, die eine Beziehung zur Novomatic aufweisen.

Etwa das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM), dem der einstige ÖVP-Chef Erhard Busek vorsteht. Beim Nachbericht zur Generalversammlung 2015 bedankte sich das Institut bei seinen Unterstützern: dem Land Niederösterreich, dem teilweise im Landesbesitz stehenden Stromversorger EVN sowie Agrana Zucker und Novomatic. Auf Anfrage heißt es, Novomatic habe einen Druckkostenbeitrag für die Einladungen zur Generalversammlung geleistet; ebenso für den Newsletter und eine Vortragseinladung. Kostenpunkt gesamt: 5336,10 Euro. Im Folgejahr plante man dasselbe, doch Novomatic beglich die Rechnung nicht.

Die Julias-Raab-Stiftung kooperierte mit der Novomatic bis ins Jahr 2016 „für das Projekt ‚Unfuck the Economy‘“, so ein Sprecher. Die Leistungshöhe wird nicht genannt, da „Stillschweigen“ vereinbart wurde. „Als gemeinnützige Stiftung sind wir für die Durchführung unserer Projekte auf Sponsoring angewiesen“, so die Stiftung. Im konkreten Projekt ging es um die „Auswirkung des digitalen Wandels auf Unternehmen“ samt Studie.

Europa-Forum Wachau

Aber auch abseits der direkt parteinahen Organisationen findet sich das Novomatic-Logo. Mit dem Namen Alois Mock untrennbar verbunden ist das Europa-Forum Wachau. Dessen Präsident ist der niederösterreichische Landesrat Martin Eichtinger (ÖVP), der einst Mocks Sekretär war; Geschäftsführerin des Europa-Forums ist mittlerweile Theresa Edtstadler (ÖVP), die jüngere Schwester von Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP).

In den Jahren 2015 bis 2018 sponserte auch die Novomatic das Forum, und zwar in der Höhe von 2500 Euro. Dafür war das Logo des Glücksspielkonzerns „auf Konferenzunterlagen sowie der Homepage“ auffindbar.

Das Europa-Forum 2018 fand kurz vor der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Österreich statt; es war ein prestigeträchtiger Event. Als Vortragende traten aus Österreich die Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Gernot Blümel, Kanzler Sebastian Kurz, Eichtinger (alle ÖVP) sowie die damalige Außenminister Karin Kneissl auf.

„Titelbild mit Sobotka“

Was bringen derartige Veranstaltungen den Politikern? Ein Wirtschaftsexperte der Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), der das Mock-Institut untersuchte, beschrieb den Werbewert, der aus solchen Veranstaltungen und Publikationen wie dem „Mock-Report“ generiert wird, als „auffällig: in der Mehrheit der (...) Ausgaben findet sich ein Titelbild mit Sobotka zusammen mit anderen Menschen sowie zumeist ein Textbeitrag (Editorial) von ihm“.

Präsent war die Novomatic auch beim Sommerfest des Vereins Wir Niederösterreicher in Wien, wie der *Falter* am Freitag berichtete. Danach schrieb der Novomatic-Marketingchef an den damaligen CEO Harald Neumann: „Ich soll dir ganz liebe Grüße von Hanni Mikl-Leitner ausrichten. (...) Hanni hat in Ihrer *(sic!)* Rede eine 2 Minuten lange Lobeshymne auf Novomatic gehalten.“

Auch Edtstadler und Blümel waren anwesend, der Pressedienst der ÖVP bewarb die Veranstaltung. Der Manager und Vereinsobmann Erwin Hameseder verwehrt sich gegen eine parteipolitische Zuordnung.

Der Verein sei für Menschen, die in Wien arbeiten und in Niederösterreich wohnen – oder umgekehrt. „Wir haben keine Geschäftsbeziehung zur Novomatic“, so Hameseder zum STANDARD. Sponsoren wie Novomatic oder deren Tochter Admiral übernehmen beispielsweise das Catering und rechnen direkt ab, nicht über den Verein.

Wichtig für Hameseder: Man habe eine bunte Mischung an Gästen aus Politik, Sport, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft wie zum Beispiel den Wiener Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ), die frühere Grünen-Abgeordnete und Beraterin Monika Langthaler oder den Genetiker Markus Hengstschläger als Referenten gehabt – und der Verein betreibe karitative Aktionen, etwa für Licht ins Dunkel.

Die Novomatic sagt, dass sie „für ihre Unterstützungsleistungen marktübliche Gegenleistungen“ bekommen habe. Mit den genannten Organisationen kooperierten auch zahlreiche andere namhafte Unternehmen, das Sponsoring sei außerdem transparent.

Ins Visier der Justiz brachte die Novomatic das Sponsoring des FPÖ-nahen Instituts für Sicherheitspolitik – es gilt die Unschuldsvermutung. Und auch die SPÖ erhielt schon Unterstützung, etwa durch Admiral bei der 1.-Mai-Feier.

„www.noen.at“, 06.10.2020

U-AUSSCHUSS

Sobotka verteidigt Kooperation mit Novomatic

Der Vorsitzende des Ibiza-U-Ausschusses, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), hat abermals die Kooperation des Alois-Mock-Instituts, dem er als Präsident vorsteht, mit dem Glücksspielkonzern Novomatic verteidigt.

Das Alois-Mock-Institut sei ein "bürgerlicher Thinktank", kein parteinaher Verein und unterliege daher "definitiv" nicht dem Parteiengesetz, argumentiert Sobotka in einem Dienstagabend ausgestrahlten Puls24-Interview.

Die Aufwendungen von 109.000 Euro an das Alois-Mock-Insitut seien in der Buchhaltung der Novomatic von 2013 bis 2019 ausgewiesen und basierten auf einer Kooperationsvereinbarung. Das habe aber nichts mit Spenden zu tun. Wie die Novomatic das verbucht, müsse man der Novomtic überlassen, so Sobotka. "Wir haben Geld bekommen für ein Inserat und sonst nichts, und das ist die Wahrheit, da gibt es nichts zu rütteln." Zudem sei der Untersuchungsgegenstand auf den Zeitraum von 2017 bis 2019 beschränkt.

Auch böte die Satzung keine Möglichkeit, das Institut zu beeinflussen, so Sobotka. Dort würden Themen besprochen, die sonst in der ÖVP nicht diskutiert werden. Man habe sich bewusst für die "Überparteilichkeit" entschieden, daher stelle man auch allen die Informationen zu Verfügung.

Sobotka betonte, dass das Alois-Mock-Insitut "immer transparent" gewesen und die Kooperation mit der Novomatic auf der Homepage ausgewiesen sei. Von Anfang an sei es lediglich um eine Kooperationen gegangen. Der Glückspielkonzern habe Interesse daran gehabt, "weil wir interessante Themen geboten haben". Zudem habe es "keinen einzigen Geldfluss in eine Parteiorganisation hinein" gegeben. Sobotka will auch künftig an derartigen Kooperationen festhalten: "Selbstverständlich, wir leben davon, dass wir einen Partner haben."

Kritik übte er einmal mehr am U-Ausschuss. Dieser verliere den Fokus und sei zu einer Show verkommen. Permanent werde versucht, alles in ein "schiefes Licht" zu rücken. Die Oppositionsparteien mögen laut Sobotka einen unliebsamen Vorsitzenden nicht, der auf die Einhaltung des Gesetzes pocht: "Das beeindruckt mich wenig, ich halte mich ans Gesetz, das ist meine Maßgabe."

„Wiener Zeitung“, 06.10.2020

Blümels plumper Auftritt und Sobotkas Verbindungen zu Novomatic brachten die ÖVP-Politiker zuletzt unter Druck. Foto: apa/Punz

Wem der U-Ausschuss bisher geschadet hat

Der Fokus hat sich auf die ÖVP verlagert. Finanzminister Blümel und Vorsitzender Sobotka erlitten Schrammen. Auch die Ermittlungsbehörden kamen nicht gut weg. Eine Analyse.

Von Daniel Bischof

Eigentlich hätte er eine Schlüsselrolle spielen sollen, immerhin hat er das Ganze erst losgetreten. Doch zuletzt ist es um Heinz-Christian Strache im Ibiza-U-Ausschuss ruhig geworden. Wenn nicht gerade sein berüchtigter Sager „Novomatic zahlt alle“ aufs Tapet gebracht wird, rangiert der Ex-Vizekanzler unter ferner liefen.

Der Fokus liegt derzeit nämlich auf der ÖVP. SPÖ, FPÖ und Neos versuchen, sie in das Ibiza-Konglomerat hineinzuziehen. Denn die Volkspartei kann bei den Untersuchungen auch am meisten verlieren. Während die FPÖ sich noch lange nicht von ihrem Absturz erholt hat und Strache mit seiner Splitterpartei eine untergeordnete Rolle spielt, schwebt die ÖVP weiterhin im Umfragehoch. Daran konnte die Opposition durch den Ausschuss auch bisher nichts ändern. Gröbere Schrammen fügte sie aber zwei führenden Politikern der Volkspartei zu.

Da wäre zunächst Finanzminister Gernot Blümel. Im Gegensatz zu Bundeskanzler Sebastian Kurz, der bei seiner Befragung sein rhetorisches Können auspackte, agierte Blümel plump. Der Finanzminister machte unzählige Erinnerungslücken geltend, 86 an der Zahl waren es laut SPÖ. Von einem Großteil der im Ausschuss behandelten Themen erfuhr er laut eigenen Angaben erst aus den Medien. Hängen blieb zudem seine Aussage, wonach er während seiner Ministerzeit unter Türkis-Blau über gar keinen Laptop verfügt habe.

Inwiefern Blümel in manche Themen doch eingeweiht war, ist Gegenstand der Untersuchungen. Bekannt gewordene SMS zwischen Blümel und Ex-Novomatic-Vorstand Harald Neumann zeigten zuletzt etwa, dass die beiden zu manchen Themen rund um die Casinos Austria konferierten. Dass Blümel sein U-Ausschuss-Auftritt Vorteile als Spitzenkandidat für die Wien-Wahl verschaffte, kann jedenfalls bezweifelt werden.

Vorsitzender unter Druck

„Die Geschichte mit dem Laptop von Gernot Blümel war schon ein wenig provozierend“, meinte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), Vorsitzender des U-Ausschusses. Auch seine Reputation hat zuletzt Schaden genommen. Bereits vor dem Start des Ausschusses hatte die Opposition bemängelt, dass Sobotka ein zu enges Verhältnis zum Glücksspielkonzern Novomatic pflege. Da der Konzern bei den Untersuchungen eine zentrale Rolle einnehme, sei Sobotka daher als Vorsitzender befangen, so die Kritik.

„Ich bin als Vorsitzender mit Sicherheit nicht befangen“, sagte Sobotka, der auch Präsident des „Alois-Mock-Instituts“ ist. Novomatic hat in der Zeitschrift des Vereins Inserate im Wert von 14.000 Euro geschaltet. Für Veranstaltungen des Instituts stellte der Konzern Räumlichkeiten, Technik und Buffets zur Verfügung. Insgesamt soll sich der Wert an Leistungen, inklusive der Inserate, auf rund 109.000 Euro belaufen.

Auch das von Sobotka dirigierte „Waidhofner Kammerorchester“ wurde von Novomatic unterstützt. Weiters wurde zumindest eine Rechnung für den von Sobotka geführten niederösterreichischen Arbeitnehmerbund übernommen.

Die Verbindungen zwischen Sobotka und Novomatic stoßen mittlerweile auch dem Koalitionspartner sauer auf. Mehrere Grüne empfahlen Sobotka, das Amt zumindest vorläufig niederzulegen. „Ich an seiner Stelle würde den Vorsitz nicht länger ausüben, bis diese etwaigen oder tatsächlichen Widersprüche geklärt sind“, meinte Vizekanzler Werner Kogler.

Sobotka denkt nicht daran. „Ich bin etwas zum Spielball der Politik geworden“, beschwerte er sich am Wochenende in der „Kronen Zeitung“. „Ich bin nicht befangen und muss mir diese Vorwürfe auch nicht gefallen lassen. Von niemandem. Und definitiv werde ich nicht abtreten.“

Die ÖVP bringt die Causa Sobotka zunehmend in eine Zwickmühle – insbesondere, falls der Druck auf den Vorsitzenden anhält und weitere finanzielle Verbindungen bekannt werden. Legt Sobotka sein Amt zurück, könnte die Opposition argumentieren, dass die bisherigen Untersuchungen von einem befangenen Vorsitzenden geleitet und von der ÖVP beeinflusst wurden.

Misstrauen und zähe Debatten

Blümel und Sobotka sind nicht die Einzigen, die im Ausschuss bisher nicht gut ausgestiegen sind. Der Ausschuss zeigte das Misstrauen auf, das sich zwischen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft und den polizeilichen Ermittlern im Bundeskriminalamt eingenistet hat. Über den Fund des Ibiza-Videos tauschten sich die Behörden nicht aus, wie eine heiße Kartoffel wurde es danach herumgereicht. Das Vertrauen in effektive und kooperative Ermittlungen wurde beschädigt.

Auch das Auftreten der Politiker im Ausschuss selbst bekommt keine hohen Haltungsnoten. Die Untersuchungen laufen oft zäh und unkultiviert ab. Abgeordnete aller Parteien mischen in ihre Fragen gerne Unterstellungen ein. Lautstarke und ermüdende Debatten um die Geschäftsordnung ruinieren den Befragungsfluss. Und verbal wird manchmal zum Bihänder gegriffen, wie der deftige Sager bewies, der Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper entglitt.

„Ich bin als Vorsitzender mit Sicherheit nicht befangen.“
Wolfgang Sobotka

Fonds im Fokus

Ob der Fokus nun auf der ÖVP bleibt oder sich Richtung Strache und FPÖ verschiebt, wird sich demnächst zeigen. Am Donnerstag steht der Privatanstalten-Finanzierungsfonds auf der Tagesordnung. Dabei handelt es sich um einen Fonds, aus dem Privatspitäler Geld bekommen, sofern sie medizinisch notwendige Leistungen für Pflichtversicherte erbringen.

Die Untersuchungen gehen der Frage nach, ob ein Privatklinik-Betreiber für die Aufnahme in den Fonds 2018 illegale Gegenleistungen an Strache erbracht hat. Strache und der Betreiber bestreiten das. Unter Türkis-Blau wurde auch das Volumen des Topfes erhöht, wovon wiederum auch ÖVP-Spender profitierten.

„Die Presse“, 06.10.2020

Ibiza. Nur noch eine Partei spricht sich dafür aus, dass Wolfgang Sobotka Vorsitzender im U-Ausschuss bleibt: die ÖVP. Die Verbindungen seines Alois-Mock-Instituts mit Novomatic werden weiter Thema sein. Über die beiden Optionen Sobotkas.

Wird er bleiben, soll er gehen?

VON IRIS BONAVIDA
UND ANNA THALHAMMER

Wien. Wolfgang Sobotka mag diesen Vergleich nicht, aber er bietet sich an: Sobotkas Aufgaben als Nationalratspräsident ähneln denen, die er als Dirigent des Kammerorchesters Waidhofen hat. Beide Male ist er der überparteiliche Vorsitzende, der einmal buchstäblich und einmal im übertragenen Sinne den Ton angibt. Sobotka gibt sich dann auch gerne staatstragend, erhaben.

Und dann gibt es noch einen anderen Sobotka. Den, der sich klar auf eine Seite stellt und sie ohne Rücksicht auf Verluste verteidigt. Wenn er als ÖVP-Abgeordneter im Parlament Platz nimmt und einen Wutanfall während einer SPÖ-Rede bekommt. Oder als er unter Schwarz-Rot im Innenministerium saß und Sebastian Kurz an die Macht verhalf.

Bisher schaffte es Sobotka, die beiden Seiten seiner Persönlichkeit zu vereinen. Je nachdem, welche die Öffentlichkeit sehen sollte. Wie gesagt: bisher. In seiner Rolle als Vorsitzender des Ibiza-Untersuchungsausschusses gelingt es ihm nicht mehr. Außer der ÖVP fordert jede Partei, dass er den Vorsitz zurücklegt. Grund dafür sind die (finanziellen) Verbindungen des Alois-Mock-Instituts (das Sobotka gegründet hat) mit dem Glücksspielkonzern Novomatic (dessen mutmaßlichen Einfluss auf die Politik der U-Ausschuss klären will). Laut Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft sind von 2013 bis 2019 109.000 Euro von Novomatic an das Institut geflossen, unter anderem für Inserate und Catering. Das Institut widerspricht dieser Darstellung. Auch das Kammerorchester Waidhofen wurde von Novomatic gesponsert.

Wird der Provokateur Sobotka also bleiben oder der staatsmännische Sobotka sich zurückziehen? Über die zwei Optionen des Wolfgang Sobotka.

Diese Woche lässt sich Sobotka aus Termingründen im U-Ausschuss vertreten, den Vorsitz will er aber nicht abgeben. [APA]

Was für Sobotkas Verbleib spricht

Wolfgang Sobotka lässt sich prinzipiell nur ungern empfehlen, was er zu tun hat. Erst recht von Oppositionspolitikern – und vor allem von Oppositionspolitikern aus Parteien, die selbst nichts anderes getan haben, als ihm nun vorgeworfen wird: Das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik hatte Kooperationen mit Novomatic. Auch mit SPÖ-Politikern und SPÖ-nahen Vereinen kooperiert der Glücksspielkonzern. Zwei Beispiele: Novomatic sponsorte etwa den Löwenherz-Preis, vergeben von einem Verein, dem der SPÖ-Niederösterreich-Chef Franz Schnabl vorsitzt. Auch dabei: Ex-SPÖ-Innenminister Franz Löschnak, Ex-SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim oder Ex-SPÖ-Finanzminister Andreas Staribacher. Auch mit von der Partie: Andrej Kotchetkov, der die Anteile an Güssinger Mineralwasser verkaufen wollte – Strache sprach davon auf Ibiza.

Prinzipiell sind Spenden an vermeintlich parteinahe Vereine auch nicht verboten – die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat die Ermittlungen darum eingestellt. Würde Sobotka nun gehen, käme das trotzdem einem Schuldeingeständnis gleich, dass hier etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Denn die Opposition hat dem Vorsitzenden kaum Spielraum offengelassen, gesichtswahrend den Platz zu räumen. Die Angriffe waren zu massiv, das Thema ist medial zu groß, es schaukelte sich immer weiter hoch. Am Wochenende sprach sich auch Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) dafür aus, dass Sobotka den Vorsitz zurücklegt. Er könnte bleiben, nach dem Motto: Jetzt erst recht.

Weshalb er abtreten könnte

Es ist verdächtig ruhig geworden um Sobotka. In der „Krone“ wehrte er sich am Sonntag zwar gegen die Vorwürfe und erklärte sich für unbefangen. Sonst lehnte er aber bisher alle Medienanfragen ab. Die ÖVP verteidigt ihren Nationalratspräsidenten auch nicht unbedingt mit Vehemenz.

Wenn Sobotka als Ausschussvorsitzender bleibt, wird er die Debatte weiter am Köcheln halten. In jeder U-Ausschuss-Sitzung wird eine mögliche Befangenheit thematisiert werden. Die prinzipiell im U-Ausschuss schwach performende ÖVP-Fraktion war bisher nicht in der Lage, die Vorwürfe zu entkräften oder zu kontern.

Es macht auch – allein aus optischen Gründen – einen Unterschied, ob Politiker aus anderen Parteien eine Nähe zu Novomatic zeigen. Oder ob es eben der Ausschussvorsitzende selbst ist. Die Parlamentarier sollten sich in ihrer Arbeit nicht behindert fühlen. Der Vorsitzende muss politische Aufklärung ebenfalls als Ziel haben. Unabhängig von der Parteifarbe.

Und dann wären da auch noch ganz praktische Fragen, die zuletzt aufkamen: Was, wenn Sobotka ein zweites Mal als Auskunftsperson in den Ausschuss geladen wird? Dann wären bestimmte Aussagen und Dokumente nicht für seine Augen und Ohren bestimmt.

Möglich also, dass Sobotka den Vorsitz zurücklegt – und als Grund das mangelnde Vertrauen der Abgeordneten nennt, nicht ein Schuldeingeständnis.

„Kronen Zeitung“, 06.10.2020

Der Präsident steht im Fokus

Wolfgang Sobotka, umstrittener Vorsitzender des Ibiza-Ausschusses, ist heute zu Gast bei Corinna Milborn

Am Mittwoch findet der Untersuchungsausschuss zu Ibiza und den Folgen (es geht um mutmaßliche Bestechung der türkis-blauen Regierung) seine Fortsetzung. Im Fokus stand zuletzt der Vorsitzende des Ausschusses, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka von der ÖVP. Die Opposition und auch der grüne Regierungspartner der ÖVP fordern seinen Rücktritt wegen Befangenheit ob angeblicher Nähe zu Novomatic-Personen und wegen Inseraten von Novomatic und gemeinsamer Veranstaltungen mit dem Alois-Mock-Institut, dem Sobotka vorsteht. Der Präsident weist jegliche Vorwürfe von sich und denkt nicht daran, den Vorsitz abzugeben. Vielmehr zeigt sich Sobotka mit dem Verlauf des Ausschusses generell unzufrieden. Politisches Hickhack statt Substanz, so seine Diagnose. Infochefin Corinna Milborn will diese Thematik heute beim Nachrichtensender PULS 24 vertiefen. Der umstrittene Präsident ist zu Gast bei „Milborn spezial“, exklusiv im TV. Zu sehen um 21.50 Uhr. Und zwar gleich im Anschluss an die „Elefantenrunde“ zur Wien-Wahl.

TV TIPP

Fotos: Karl Schöndorfer, PULS 4/Bernhard Eder

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka beantwortet heute die Fragen von Corinna Milborn.

„Der Standard“, 06.10.2020

Frisierte Ausschreibung

Um Peter Sidlo (FPÖ) in die Casinos Austria zu hieven, wurde die Ausschreibung so geändert, dass sie seiner Erfahrung entsprach. Seite 17

Job-Beschreibung Sidlos umgeschrieben

Novomatic ersetzte „Kenntnisse im Bankwesengesetz“ durch jene im Glücksspielrecht

Renate Graber

Die Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria hat die „Causa Postenschacher“ ausgelöst; Job-Besetzungen unter Türkis-Blau sind auch Thema im Ibiza-U-Ausschuss.

Aus Chatprotokollen erschließt sich, dass Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) Sidlo am 3. Oktober 2018 in einer Nachricht an Johann Gudenus erwähnte; die zwei diskutierten, ob man Franz M. als „treuen“ Freiheitlichen in die ORF-Direktion setzen könne, „da würden wir ihn brauchen“, so Strache. Und kam auf einen weiteren Treuen: „Bei Sidlo Peter könnten wir eventuell Casino machen“, was Gudenus mit „Ok“ beantwortete. Zur Erinnerung: Jurist und Investmentbanker Sidlo war FPÖ-Bezirksrat in Wien-Alsergrund und ab September 2018 im Generalrat der Nationalbank.

Wenig später liefen in den Casinos die Vorbereitungen für den Umbau der Führungsetage an. Die größten Aktionäre – staatliche Öbib, Novomatic und tschechische Sazka – sollten je einen Kandidaten nominieren und entsenden.

Am 20. November 2018 bat denn Casinos-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner seine Präsidiumskollegen, Novomatic-Chef Harald Neumann und Robert Chvatal (Sazka), ihre „Wünsche zum Thema Jobs Description zu übermitteln, ich möchte bzw. muss das Gespräch mit Egon Zehnder führen“. Personalberater Zehnder begleitete den Auswahlprozess – und sollte später fachliche Bedenken gegen Sidlo äußern.

Glücksspiel nicht erwähnt

Wenig später hatte Rothensteiner die „Job Description Finanzvorstand (CFO, w/m)“ auf dem Tisch. Jeweils zehn Punkte zu Aufgaben und Profil nannte Novomatic. Darunter, beim Profil: „Kenntnisse des österreichischen Bankwesengesetzes“ und „Anwendungserfahrung in der Beziehung mit und den Prozessen der Finanzmarktaufsicht bzw. sonstiger regulatorischer Aufsichtsbehörden“. Zur Erinnerung: Sidlo ist Jurist, war einst in der FMA und später bei Conwert und in der Wiener Privatbank (Aufsichtsrat) tätig. Vom Glücksspielwesen war in der Job-Description nicht die Rede.

Das fiel auch Rothensteiner auf. Am 25. November fragte er: „Sollte wirklich Bankwesengesetz und Finanzmarktaufsicht dort stehen und nicht Glücksspielrecht bzw. Aufsicht?“, fragte er nach. Neumann zwinkerte in einer Nachricht an seinen Personalchef: „Bankwesengesetz ist wirklich zu viel“, man solle „auch Kenntnisse des Glücksspielrechtes aufnehmen“.

Tags darauf sandte Neumann die neue Fassung an Rothensteiner, mit einem „Danke für Deinen Input;)) Jetzt sollte es ok sein“.

Statt „Kenntnisse des österreichischen Bankwesengesetzes“ sollte der/die Neue nun „Kenntnisse des österreichischen Glücksspielrechts“ vorweisen. Und beim Umgang mit den Regulatoren war die „Finanzmarktaufsicht“ gestrichen worden.

Am 28. März 2019 war der Vorstandsumbau, nach heftigem Streit der Aktionäre, beschlossene Sache. Strache gratulierte Sidlo „herzlich“. Am 17. Mai wurde das Ibiza-Video öffentlich, nach der EU-Wahl am 26. Mai war es an Sidlo, Strache zu dessen Erfolg dort zu gratulieren. Er habe Strache „jedenfalls unterstützt“ und werde das „immer tun!“. Und, so Sidlo: „Ich habe dir viel zu verdanken, das weiß ich, und ich möchte dir ein Freund sein, wenn du mich brauchst.“

Sidlos Wunsch: „Lass dich nicht unterkriegen und komm bald zurück auf die politische Bühne (...)!“

„Der Standard“, 06.10.2020

Anwalt greift Ibiza-Ausschuss und Justiz an

Johnny Eisenberg verteidigt den mutmaßlichen Regisseur des Ibiza-Videos. Er will nicht als Zeuge vor dem U-Ausschuss auftreten, den er harsch kritisiert. Auch an den Ermittlern lässt Eisenberg kein gutes Haar.

Fabian Schmid, Nina Weißensteiner

Johannes Eisenberg ist Anwalt eines Ibiza-Video-Verdächtigen.
Foto: Imago / Stock and People

Der Berliner Anwalt Johnny Eisenberg hält es für „undenkbar“, dass in Deutschland ein „so tief in den Untersuchungsgegenstand verstrickter“ Politiker wie Wolfgang Sobotka (ÖVP) einen U-Ausschuss leiten könnte. Das ist einer der Gründe, warum Eisenberg nicht als Zeuge vor dem Gremium auftreten will. Der erfahrene Jurist – er begleitete etwa Agenten im BND-U-Ausschuss – ist Anwalt von J. H., der als Mastermind des Ibiza-Videos gilt.

Die Filmaufnahmen hatte Eisenberg auch dem heimischen U-Ausschuss übermitteln wollen. Sobotka lehnte die Übergabe mit Verweis auf ein – unter den Fraktionen umstrittenes – Rechtsgutachten ab. Sein Angebot hat Eisenberg nun selbst Ermittlungen eingebrockt. Auch deshalb will er nicht nach Wien kommen. Österreich besuche er nur, wenn „beruflich unabweisbare Erfordernisse“ bevorstünden, erklärte er in einem Brief an die Fraktionsführer im U-Ausschuss. Über eine Videobefragung könne man aber nachdenken, so der Anwalt.

Er war von den Abgeordneten geladen worden, um über seine Erfahrungen mit den Ermittlungsbehörden zu berichten. An denen hatte Eisenberg schon im Frühjahr im STANDARD Kritik geäußert – etwa, weil ein Strache-Fan polizeiliche Ermittlungen durchführte. An seiner Einschätzung der Soko Tape hat sich nichts geändert. Auch mit Staatsanwaltschaft und Gerichtsbarkeit liegt Eisenberg im Clinch. Den Ankläger für die Ibiza-Hintermänner bezeichnet er als „notorisch“, die Richterin weigere sich, Eingaben von ihm zu bearbeiten.

Eisenberg beschwert sich, dass Schriftsätze rasch „in die Hände rechtsradikaler Portale gelangen, deren Journalisten sich öffentlich ihrer guten Verbindungen zu beteiligten Polizeistellen rühmten“.

Den Ibiza-Ermittlungen will sich der U-Ausschuss ab November widmen. Geht es nach Sobotka, der wegen Geldflüssen der Novomatic an ihm nahestehende Vereine kritisiert wurde, ist er dann noch immer als Vorsitzender im Amt. Doch auch beim grünen Koalitionspartner reißt die Kritik an ihm nicht ab: Nachdem ihm schon Partei-, Klub- und U-Ausschussfraktions-Spitze den Rückzug nahegelegt haben, sagt Abgeordneter Michel Reimon: Sobotka schaffe es, dass die ÖVP ins Fadenkreuz des Ibiza-Ausschusses gelange, obwohl der eigentlich die blauen Machenschaften rund um Strache und Co untersuchen solle. Nachsatz: „Ich gehe davon aus, da er ja sehr intelligent ist, dass er das einsehen wird und dass er einen gesichtswahrenden Ausstieg sucht.“

Kommentar Seite 28

Wolfgang Sobotka (ÖVP) beharrt auf seinem U-Ausschussvorsitz.
Foto: APA/Oczeret